

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

3 (11.1.1947)

DER NEUE TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr / Nummer 3

F B S W

Samstag, 11. Januar 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

WAS IST ZU TUN?

Kommunistische Erklärung in der Beratenden Landesversammlung

Freiburg. In der Aussprache über die Regierungserklärung in der Landesversammlung gab für die Kommunistische Partei Genosse Büche (Lahr) folgende Erklärung ab (über die Regierungserklärung berichten wir auf Seite 2 dieser Ausgabe):

Die Kommunistische Fraktion begrüßt die Entscheidung, mit der die Erklärung der provisorischen Regierung zu den vor uns stehenden großen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Ernährung, der Wirtschaft, des Verkehrs, des Wiederaufbaues, der politischen Säuberung Stellung nimmt und sich zu den Maßnahmen bekennt, die notwendig sind zur Sicherung einer demokratischen Ordnung, einer gelingenden Erneuerung und Abkehr von der nationalsozialistischen Vergangenheit. Sie spricht die Erwartung aus, daß es der provisorischen Regierung besser als der von ihr abgelösten Landesverwaltung gelingen möge, die von ihr im einzelnen aufgezählten Ziele zu erreichen. Die Regierung kann gewiß sein, daß sie bei allen Maßnahmen, die sie zur Überwindung der gegenwärtigen Not ergreifen muß, die volle Unterstützung der Kommunistischen Partei hat. Wir sind allerdings der Auffassung, daß die provisorische Regierung sich ausschließlich dieser Aufgabe widmen sollte und als provisorische Regierung, die, wie in der Erklärung ausdrücklich festgehalten wurde, der Beratenden Landesversammlung nicht verantwortlich ist, sich programmatischer Erklärungen über die großen staatspolitischen Fragen Deutschlands enthalten sollte. So kann z. B. die Frage der zukünftigen Staatsform Deutschlands, die Frage zentralistischer oder föderalistischer Ordnung, erst dann ernsthaft besprochen werden, wenn durch die Entscheidung der Alliierten Klarheit über die Zukunft und die Grenzen Deutschlands geschaffen sein wird. Wir sehen deshalb im Augenblick bewußt davon ab, zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten zu diesem Punkte unsere Meinung zu sagen und die von ihm angeführten Argumente zu widerlegen. Die Aussprache über die von ihr ausgearbeitete Verfassung für Südbaden wird der beratenden Landesversammlung Gelegenheit geben, die verschiedenen Auffassungen der Parteien über die zukünftige staatspolitische Stellung der einzelnen Länder im Rahmen der deutschen Republik deutlich zu machen.

Demokratisierung der Verwaltung

Gegen die Ausführungen der Regierung über die Gestaltung der zukünftigen obersten badischen Regierungsebene durch deren Einschränkung auf 4, höchstens 5 Ministerien haben wir Bedenken. Die neu geschaffenen Ministerien der Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Arbeit, die Staatskommissariate für Ernährung, Entnazifizierung, Verkehr und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete haben Aufgaben zu erfüllen, die so wichtig sind, daß sie nicht von einer Unterabteilung der traditionellen badischen Ministerien erledigt werden können. Die Zentralisierung in wenige Ministerien würde außerdem zur Folge haben, daß die von uns allen gewünschte Demokratisierung der Verwaltung, die politische Initiative und Kontrolle erschwert würden. Wir legen den größten Wert darauf, daß die wichtigsten Angelegenheiten unseres Volkes nicht durch den engen Kreis einer Ministerialbürokratie geregelt werden, die in politischen Wahlen dem Volk verantwortlichen Beauftragten des Volkes gegenüber stehen. Wir sind überzeugt, daß das badische Volk Verständnis dafür hat, wenn wir eine Form der Regierung vorschlagen, die zweckmäßig ist und erfolgreich arbeiten kann, gleichgültig, ob das der badischen Tradition normaler freier Zeiten entspricht oder nicht. Berechtigt ist allerdings der oft gehörte Einwand, daß ein so kleines Gebiet die finanzielle Belastung eines umfangreichen Regierungs- und Verwaltungsapparates nicht tragen kann, am wenigsten in einer Zeit, wo überall gespart werden muß. Wir schlagen deshalb vor, daß die Gehälter der Minister und Staatskommissare, der Ministerialbeamten und der höheren Beamten beträchtlich gesenkt werden, und daß vor allem die durch die Entnazifizierung freierwerdenden Stellen nur in den allerdingendsten Fällen wieder besetzt werden. Wir geben bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck, daß die im Augenblick bestehende Isolierung Südbadens in nicht allzu ferner Zeit ein Ende haben wird, und sich eine Regierung für das größere Gebiet des Badisch-Württembergischen Staates mit der Zustimmung und dem Vertrauen beider Länder bilden wird.

Bevölkerungspolitische Fragen

Es wäre, so glauben wir, für die beratende Landesversammlung interessant gewesen, über die durch den Hitler-Krieg bedingte Veränderung in der Struktur der badischen Bevölkerung einiges zu hören, über die bevölkerungspolitische Bewegung in unserem Lande, über die Lücken, die der Hitler-Terror und der Krieg bei uns gerissen haben, über die Probleme, die uns aus dem Frauenüberschuß und der Kindersterblichkeit erwachsen, über den Gesundheitszustand der Bevölke-

lung und die Maßnahmen des Staates zur Bekämpfung gefährlicher Krankheiten.

Ebenso wichtig wäre es uns, etwas über die Gesetze und Rechtsanordnungen zu hören, die als Grundlage der Verwaltung im Augenblick in Gültigkeit sind, und über die Vorarbeiten zum Ersatz der noch aus der Nazizeit gültigen Gesetze. Wir halten es für untragbar, daß heute noch Verwaltungsmaßnahmen getroffen werden oder unmöglich sind wegen der Gültigkeit von Gesetzen des Dritten Reiches. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß der den Abgeordneten ursprünglich vorgelegte, völlig unzulängliche, von der früheren Landesverwaltung ausgearbeitete Entwurf einer Verfassung zurückgezogen wurde und das Innenministerium mit der Vorlage eines Entwurfes beauftragt wurde, der sich an die nordwürttemberg-badische Verfassung anschließt. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die neue Verfassung eindeutig demokratisch, fortschrittlich sozial und gerecht sein wird und ohne Schwierigkeiten in eine zukünftige Verfassung der deutschen demokratischen Republik eingegliedert werden kann.

Wir wären befriedigt, wenn die Feststellungen der Regierung über die Säuberung der Polizei als dem wichtigsten staatlichen Vollzugsorgan nach besonders strengen Maßnahmen, wie die Erklärung der Regierung behauptet, bereits durchgeführt wäre. Leider hat man in unserem Volke

weithin den Eindruck, daß gerade im Aufbau der Polizei viel zu wenig zuverlässige Antifaschisten eingeordnet sind, ja Antifaschisten, weil sie zu alt seien, oder den besonderen körperlichen Anforderungen der ärztlichen Untersuchung nicht völlig genügen, ausgeschaltet wurden. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß die Polizei aus jungen, körperlich leistungsfähigen Männern bestehe, wir sind aber der Meinung, es wäre unumgänglich notwendig, diese jungen durch die HJ immerhin versuchten Mannschaften mit politisch erfahrenen Männern zu durchsetzen, vor allem im polizeilichen Verwaltungsdienst und in den Kommandostellen, auf die wir uns verlassen können. Das gleiche gilt auch für die Landeskriminalpolizei. Wir sind überzeugt, daß das Innenministerium bei der Auswahl der Anwärter für die Landespolizeischule die strengsten politischen Maßstäbe anlegt, und daß unter keinen Umständen Männer, die zu irgendwelcher Zeit der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört, oder die als Militaristen angesehen werden können, dort zur Schulung zugelassen werden. Verschiedene Berichte aus dem Lande sprechen davon, daß die Landesfeuerwehrorganisation sich durch eine besonders militärische und zackige Exerziermethode bei der Ausbildung für die Tätigkeit beim Löschen eventuell ausbrechender Brände vorbereitet. Es kann immerhin bezweifelt werden,

ob das notwendig ist. Jedenfalls soll das Innenministerium ein wachsames Auge dafür haben, daß der Neuaufbau des Feuerlöschwesens nicht zum Neuaufbau einer paramilitärischen Organisation durch entlassene Offiziere gemacht wird.

Für die Opfer des Faschismus

Die Sorge der Regierung für die Opfer des Nationalsozialismus sollte sich nicht darauf beschränken, daß einige im Augenblick noch sehr begrenzte Erholungsmöglichkeiten für sie geschaffen werden. Viel wichtiger wäre es, mit allem Nachdruck die Gesetze für die Wiedergutmachung des ihnen zugefügten Unrechts vorzubereiten, ihnen mehr wie bisher durch Zuweisungen von Wohnungen und Stellen zu helfen. Es scheint nachgerade notwendig zu sein, daß die Opfer des Nationalsozialismus sich dafür entschuldigen müssen, daß sie noch da sind und sogar Ansprüche erheben. Wir haben mit einer gewissen Beruhigung davon Kenntnis genommen, daß die Regierung Vorbereitungen zur Unterbringung der erwartenden Flüchtlinge getroffen hat. Es ist selbstverständlich, daß wir diesen Opfern des von den Nazis planmäßig vorbereiteten unsinnigen Angriffskrieges jede mögliche Hilfe angedeihen lassen müssen. Auch mit der Rückführung der Evakuierten (Fortsetzung Seite 5)

Amerikanischer Außenminister zurückgetreten

General Marshall wird Nachfolger von Staatssekretär Byrnes

Washington. Staatssekretär Byrnes ist zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger ist General Marshall ernannt worden. Der Rücktritt Byrnes tritt in Kraft, sobald General Marshall aus China zurückgekehrt ist. Byrnes ist aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten, die zuständigen Stellen lehnen jedoch jegliche Stellungnahme ab. Der amerikanische Senat hat die Ernennung seines Nachfolgers bereits einstimmig gebilligt.

Das Echo in London

London. Der Sprecher des Foreign Office kommentierte die Ablösung Byrnes durch General Marshall auf dem Posten des Staatssekretärs in folgenden Worten: „Wir bedauern, daß Byrnes von seinem Amt zurückgetreten ist. Wir haben seit langem in sehr freundschaftlichem Sinne mit Byrnes zusammengearbeitet und wir bedauern lebhaft, daß diese Zusammenarbeit jetzt aufhört wird. Jedoch ist General Marshall“, so fügte der Sprecher hinzu, „für uns kein Unbekannter. Er

war während des Krieges als Generalstabschef hier und hat auch sehr eng mit dem Chef des britischen Generalstabes zusammengearbeitet.“

Presse-Kommentare

New York. Die zwei großen Tageszeitungen, der „New York Times“ und der „New York Herald Tribune“ weisen auf die Tatsache hin, daß nunmehr General Marshall im Falle des Todes oder des Rücktritts des Präsidenten Truman dessen Nachfolger in der Präsidentschaft wird. Der republikanische „New York Herald Tribune“ schreibt: „Die Politiker der beiden Parteien fragen sich, ob Truman, als er Marshall ernannte, nicht die Möglichkeit erwogen hat, den Weg für seinen Nachfolger vorzubereiten.“

Paris. Der Rücktritt Byrnes und seine Ablösung an der Spitze des Staatsdepartements durch General Marshall geben zu allen möglichen Kommentaren Anlaß, die notwendigerweise verfrüht sind. Man ist versucht, zu glauben, daß Präsident Truman eher zur Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen als aus Grün-

den persönlicher oder innerpolitischer Art General Marshall mit der Fortsetzung der Arbeit Byrnes betraut hat. Mit ihm ist zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten ein Soldat an die Spitze des Außenministeriums gestellt worden.

Eine deutsche Stimme

Berlin. Der „Nacht-Express“ weist darauf hin, daß die Erfahrungen, die General Marshall in China gesammelt hat, wo er Tschang Kai Scheck und die Kommunisten miteinander auszusöhnen suchte, ihn dazu qualifizieren, die USA bei der Moskauer Konferenz zu vertreten, zumal er außerdem noch ausgezeichnete persönliche Beziehungen zu verschiedenen der markantesten sowjetischen Persönlichkeiten unterhält. Dem „Nacht-Express“ erscheint die Tatsache, daß die Ernennung Marshalls ausgerechnet zu dem Zeitpunkt erfolgt, da Marschall Montgomery sich in Moskau aufhält und den Krenl über den eventuellen Abschluß eines Militärabkommens zwischen Großbritannien und den USA in Kenntnis setzen soll, außerordentlich bezeichnend zu sein und bemerkt hierzu: „Wenn man bedenkt, daß in der amerikanischen öffentlichen Meinung immer noch eine starke Strömung besteht, die gegen ein Militärabkommen zwischen den USA und Großbritannien, hingegen für die Herstellung enger Beziehungen mit der Sowjetunion gerichtet ist — dann kommt einem die Ernennung Marshalls durchaus verständlich vor.“

Reformisten spalten in Italien

Der 25. Kongreß der Sozialistischen Partei — Nenni, Silone, Saragat

Rom. Dieser Tage begann der 25. Kongreß der „Partito Italiano Socialista dell' Unità Proletaria“, der Sozialistischen Italienischen Partei der proletarischen Einheit. Innerhalb dieser Partei haben sich seit der Befreiung vom Mussolinischen Faschismus verschiedene Gruppen herausgebildet. Auf der einen Seite stehen die Massen der der Partei angeschlossenen Arbeiter und Bauern unter der Führung von Pietro Nenni, dem Generalsekretär der Partei und gegenwärtigen Außenminister. Sie fordern eine marxistische Arbeiterpolitik, die ihre Krönung in der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien finden soll. Der kürzliche Abschluß eines gemeinsamen Aktionspaktes zwischen der Sozialistischen und Kommunistischen Partei war ein Schritt auf diesem Wege, den auch der vorhergehende Florentiner Kongreß der Partei vorgezeichnet hatte.

Neben den marxistischen Arbeitermassen der Partei zählt diese heute jedoch auch zahlreiche kleinbürgerliche Intellektuelle in ihren Reihen, die sich unter der Führung des Schriftstellers Ignazio Silone und des gegenwärtigen Vorsitzenden der Verfassunggebenden Nationalversammlung Saragat innerhalb der Partei zu zwei besonderen Klubs zusammengeschlossen hatten: zur sogenannten „Iniziativa Socialista“ und zur Richtung der „Critica Sociale“. Beide Gruppen, zu denen auch die Mehrzahl der Parlamentsfraktion gehört, vertreten im Gegensatz zur Parteimehrheit die Auffassung, die Sozialistische Partei sei keine Arbeiterpartei, sondern müsse sich auf die mittleren Klassen, mit anderen Worten auf das Kleinbürgertum und die mittlere Handelsbourgeoisie stützen.

Nunmehr hat die Gruppe „Iniziativa Socialista“ beschlossen, sich an dem Kongreß der Sozialistischen Italienischen Partei der Proletarischen Einheit nicht mehr zu beteiligen und eine neue „Sozialistische Italienische Partei“ ins Leben zu rufen. Die andere kleinbürgerliche Gruppe, die „Critica Sociale“ hat bereits dem gemeinsamen

Programm für diese unsozialistische und unmarxistische Partei zugestimmt, wird sich jedoch aus taktischen Gründen für dieses Mal noch am Kongreß der marxistischen Mutterpartei beteiligen.

Die Entwicklung berührt umso schmerzlicher, als Pietro Nenni und die anderen Arbeiterführer den Reformisten bis zur Stunde jede Möglichkeit gegeben haben, ihre Auffassung innerhalb der Partei zu vertreten. Daß dennoch Silone und Saragat mit ihren Ansichten offensichtlich in der Minderheit geblieben sind, ist ein ermutigendes Zeichen für die politische Reife der italienischen Arbeiterklasse, die es ablehnt, sich für antikommunistische und antirussische Parolen wie unter Mussolini einspannen zu lassen. Daß Silone und Saragat sich dem Willen der Parteimitglieder nicht fügen wollen, kennzeichnet die Ausweglosigkeit reformistischer und spalterischen Denkens und die Aussichtslosigkeit ihrer Politik. Doch wird diese Entwicklung voraussichtlich den letzten Hemmschub auf der Bahn zur Einheit der italienischen Arbeiterschaft aus dem Weg räumen.

Deutsche Regierung soll Frieden unterzeichnen

Berlin. An einer Pressekonferenz, an der erstmals deutsche Journalisten teilnahmen, nahm General Clay, der neuernannte Militärgouverneur der amerikanischen Zone, Stellung zu zahlreichen aktuellen Fragen. Sein politischer Berater, Botschafter Murphy, erklärte dabei im Hinblick auf die in London demnächst beginnenden Besprechungen der Außenminister-Stellvertreter zum deutschen Friedensvertrag, daß bei diesen Verhandlungen die Frage angeschnitten werden solle, wer denn von deutscher Seite den Friedensvertrag unterzeichnen werde. Es gebe zwar heute keine deutsche Regierung, doch sei er, Murphy, überzeugt, daß es ebenso wie zu einem Friedensvertrag zu einer deutschen Regierung kommen werde.

Ein Mann auf Amtswegen



III. An dieser Tür sieht er betrübt. Daß es so viele Türen gibt...

Regierungserklärung für Südbaden

Das Programm des Staatssekretariats vor der Beratenden Landesversammlung

Freiburg. In der Dienstag-Sitzung der Beratenden und Verfassungskommisionen der Landesversammlung gab der Präsident des Staatssekretariats Leo Wohleb eine umfangreiche Regierungserklärung ab.

Staatssekretär Wohleb teilte mit, daß nach Inkrafttreten der Verfassung nach den bisherigen Entwürfen die Zahl der Ministerien auf 4 oder 5 herabgesetzt werden soll. Er gab dann einen Überblick über das Programm des Staatssekretariats in den Aufgabenbereichen der einzelnen Ministerien, betonte vor allem die Notwendigkeit, unsere landwirtschaftliche Produktion wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen und zwar durch eine Bodenreform, die sich in einer rationalen Gestaltung der ganzen Landwirtschaft auswirken würde.

Die Regierungserklärung bedauerte, daß es nicht gelungen sei, für diesen Winter die vorgesehene Kalorienzahl zu erreichen. Man sehe mit größter Sorge dem kommenden Frühjahr entgegen, wenn die ohnehin kargen Erntevorräte aufgebraucht sein würden. Die Regierung wolle der Militärregierung Vorschläge zur Verbesserung der Ernährungslage unterbreiten. Eine erneute Erfassung von Brotgetreide und Kartoffeln sei zu erwarten.

Als besonders wesentlich erscheint die Würdigung der Tätigkeit des Staatskommissariats für den Wiederaufbau. Es sei vordringlichste Pflicht, den Ausgebombten, Heimkehrern und Ostflüchtlingen Wohnraum zu beschaffen. In allen zerstörten Teilen des Landes sollen zunächst jene Wohnungen wiederhergestellt werden, die bis zum 1. November 1947 wohnbar gemacht werden können. Weiterer Wohnraum solle durch den Ausbau von Dachstöcken, durch Aufstockung und Aufteilung großer Wohnungen gewonnen werden, sowie durch die Verlegung von bisher in Wohnungen untergebrachten Büros in Baracken.

Zur Frage der politischen Säuberung führte Staatssekretär Wohleb aus, daß die Schuldigen nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Ein vor der Verabschiedung stehendes Gesetz sehe die Behandlung der Säuberung als rein deutsche Angelegenheit vor. Jeder Beschuldigte soll ein Anrecht auf rechtliches Gehör haben. Während die Regierungserklärung eine Zusammensetzung der Untersuchungsausschüsse aus Vertretern der vier zugelassenen Parteien vorschlug, schwieg sie sich über die Zusammensetzung der entscheidenden Instanzen aus. Es sei vorgesehen, auch die Internierten vor deutsche Gerichte zu stellen und die Internierungslager unter deutsche Verwaltung zu stellen.

Zu den in der Erklärung des Staatssekretärs Wohleb aufgeworfenen Fragen nahm als Vertreter der Kommunistischen Partei Gen. Büche (Lahr) Stellung. Wir veröffentlichen seine Ausführungen gesondert auf Seite 1 und 5 dieser Ausgabe. — Für die CSV sprach Abg. Hoffmann, für die Demokratische Partei Abg. Vortisch und für die SP Gen. Martzloff.

Ein abgekartetes Spiel

Wiesbaden. In der Debatte über die hessische Regierungserklärung stellte Gen. Leo Bauer, der Vorsitzende der kommunistischen Landtagsfraktion fest, daß bei aller Anerkennung einzelner Programmpunkte folgendes gesagt werden müsse: Bereits vor der Wahl des Ministerpräsidenten Stock wußte die KPD am 20. Dezember, daß SPD und CDU sich geeinigt hatten, den Volkswillen zu mißachten und eine Zweiparteienkoalition der Mitte zu bilden, während das Volk sich bei den Wahlen für eine linke Mehrheit ausgesprochen hatte. Die Initiative ist von der CDU ausgegangen und die SPD hat sich gefügt.

Der Direktor der Militärregierung bestätigte dies bereits am Abend des 20. Dezember in Form eines Glückwunsches an die „beiden großen Parteien“ anläßlich eines Empfanges. Die KPD war

Welt-Chronik

NEW DELHI. Vierzigtausend Arbeiter der Zentral- und Lokalbahn und der Baumwollspinnereien sind in den Streik getreten. Die Polizei hat das Feuer auf Streikende der Baumwollspinnereien eröffnet.

LONDON. Dieser Tage sollen hier Besprechungen mit einer Delegation aus Burma beginnen, auf denen die Schritte zu einer burmesischen Selbstregierung mit dem Kolonialministerium beraten werden.

NANKING. Nach dem Scheitern der Vermittlung zwischen Tschang Kai Scheck und den Kommunisten hat General Marshall die Rückreise nach USA angetreten, um sein neues Amt als Außenminister anzutreten.

WASHINGTON. In General Marshalls Bericht über das Scheitern der Vermittlung in China heißt es, daß augenscheinlich unversöhnliche Gruppen in der Kuomintang, der Partei Tschang Kai Schecks, nur an die Erhaltung ihrer eigenen feudalen Kontrolle dachten und keine Befriedigung wollten. Marshall bedauerte auch den starken Einfluß der Militärs in der chinesischen Regierung. Er stellte fest, daß die Kommunisten in China sich auf Millionen von Menschen stützen und eine Armee von über einer Million besitzen. Die Aenderung der britischen Politik in Griechenland.

SANTIAGO DE CHILE. Chileanische Flugzeuge haben die Gletscher an der argentinischen Grenze bombardiert, um die verstopfte Schneeschmelze in Gang zu bringen.

LONDON. Der letzte Kongreß der britischen Gewerkschaften kritisierte scharf Bevin's Spanienpolitik und forderte die Verhängung der Wirtschaftsblockade gegen Franco und

WARSAU. Der stellvertretende Außenminister Leszczyński wird Polen bei der Vorbesprechung für die Moskauer Außenministerkonferenz vertreten, die am 14. Januar in London beginnt.

MIAMI. General Eisenhower dementierte gegenüber Pressevertretern die Meldungen, wonach er für die Präsidentschaft der USA kandidieren wolle.

LONDON. Die britische Parlamentsdelegation, die im August 1946 Griechenland bereiste, erklärt in ihrem Bericht, daß ein rascher Abzug der britischen Truppen aus Griechenland angebracht wäre.

BUDAPEST. In Ungarn wurde eine profaschistische Verschwörung aufgedeckt, der zahlreiche Mitglieder der Kleinlandwirtpartei angehört haben sollen.

TOKIO. Die Kommunistische Partei Japans hält gegenwärtig ihren ersten Nationalkongreß ab.

MOSKAU. Auf Ersuchen der Regierung Siam hat die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen mit diesem Lande aufgenommen.

DUBLIN. In Irland wird am 18. Januar die Beiratung in Kraft treten.

NEW YORK. Auf Einladung der amerikanischen Regierung ist der italienische Ministerpräsident de Gasperi in Washington eingetroffen.

BRUESSEL. Der belgische Geschäftsträger in Madrid hat Spanien verlassen.

deshalb gezwungen, bei der Ministerpräsidentenwahl gegen den Kandidaten der SPD, Stock, den ebenfalls der SPD angehörende Gewerkschaftsvorsitzenden Richter aufzustellen, bei dessen Wahl sich die Einigkeit der Arbeiterklasse widerspiegelt hätte. Die KPD wird auch in Hessen weiterhin für eine Regierung eintreten, in der die linke Mehrheit dem Volkswillen entsprechend gesichert sein wird.

Dreimal CSU

Augsburg. Der Landesausschuß der CSU hat mit knapper Mehrheit eine Entschließung angenommen, die die Zusammensetzung der Regierung Ehard (CSU) mißbilligt. Zuvor hatte die Versammlung zwei Resolutionen auf Ablehnung der Regierung mit 53 gegen 48, auf sofortige Umbesetzung mit 52 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Da die CSU keinen Fraktionszwang kennt, ist damit zu rechnen, daß im Landtag alle drei Richtungen unabhängig voneinander Politik machen werden. Sozusagen drei verschiedene Christlich-Soziale Parteien in einem deutschen Land.

Die dänische Minderheit in Schleswig

Kopenhagen. Der dänische Außenminister Christiansen hat eine Abordnung der dänischen Minderheit in Schleswig empfangen. Die Abordnung hat die dänische Regierung gebeten, den Außenminister mit den Ansichten der Bevölkerung Schleswigs über den Friedensvertrag mit Deutschland bekanntzumachen.

Der dänischen Minderheit, genau genommen!

Noch kein Vertragsentwurf

Stuttgart. Auf einer Pressekonferenz mit deutschen Journalisten antwortete General Clay auf die Frage, ob es stimme, daß für Moskau noch kein Entwurf über einen deutschen Friedensvertrag vorliege, daß ihm hierüber noch nichts bekannt sei. Er wies darauf hin, wie lange die Ausarbeitung der Friedensverträge für die übrigen Länder gedauert habe und mahnte, nicht ungeduldig zu werden. „Ob deutsche Vertreter zu diesen Friedensverhandlungen zugelassen werden“, entgegnete General Clay auf eine diesbezügliche Frage, „kann ich bis jetzt noch nicht sagen. Ich möchte es jedoch bezweifeln.“ Ebenfalls stehe es noch nicht fest, ob deutsche Pressevertreter zu diesen Verhandlungen zugelassen werden, weil im Augenblick noch große Schwierigkeiten hinsichtlich des Auslandsaufenthalts Deutscher bestehe.

Was wird mit Richter Göring?

Badische Landesverordnung setzt Nazigesetze außer Kraft

Die Entscheidung, die das in Rastatt tagende Hohe Gericht in der Angelegenheit des Einspruchs gegen den in Freiburg gefällten, unrichtlich bekannten Spruch der Offenburger Strafkammer in Sachen des Erzberger-Mörders Tillessen verkündet hat, wird niemanden überrascht haben. Sie hat den Freiburger Spruch für nichtig erklärt und das Recht wiederhergestellt, einmal in formaler Hinsicht, indem ausdrücklich festgestellt wurde, daß Kontrollratsgesetze im besetzten Deutschland gültiges Recht bedeuten, zweitens in sachlicher Hinsicht, indem die durch den Freiburger Spruch zu trauriger Berühmtheit gelangte Hitler-Amnestie vom 21. März 1933 ausdrücklich als verfassungswidrig charakterisiert und für nicht anwendbar erklärt wurde.

Die Sentenz des französischen Gerichts deckt sich also in allem mit den Thesen, die der badische Generalstaatsanwalt Professor Dr. Bader in dem Freiburger Prozeß den drei Richtern der Offenburger Strafkammer vorgetragen hatte. Zwischen den beiden Sprüchen, dem von Freiburg und dem von Rastatt, haben sich zahlreiche deutsche Rechtslehrer zu dem Freiburger Erkenntnis geäußert, und es darf immerhin mit einer gewissen Genugtuung festgestellt werden, daß die deutsche Rechtswissenschaft das üble Spiel, zu dem sich die deutsche Rechtsprechung mißbrauchen ließ, nicht mitgemacht hat. Alle deutschen Rechtslehrer, die sich mit dem Freiburger Spruch beschäftigt haben, sind zu einer unbedingten Ablehnung gekommen und haben ausnahmslos Worte scharfer und schärfster Kritik gebraucht. Wenn freilich der Tübinger Rechtslehrer Niethammer (im Schwäbischen Tagblatt) der sozusagen entscheidenden Meinung Ausdruck gibt, daß Freiburger Urteil sei auf rechtswissenschaftliche Minderbemitteltheit der Richter zurückzuführen, so können wir uns dieser (halb mitleidigen, halb verächtlichen) Ansicht keineswegs anschließen. Der Landgerichtsdirektor Göring hat genau gewußt, was er tat. Man muß da schon mehr den Ausführungen der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ beipflichten, in deren Ausgabe vom 3. Januar es im Anschluß an einen Artikel des Mainzer Rechtslehrers W. G. Becker, der die in Freiburg geschehene Rechtsbeugung nachweist, heißt: „Diese Urteilsbegründung kann nur als wissentliche Verhöhnung aller Bemühungen um ein anderes Deutschland und außerdem als Verhöhnung der Alliierten aufgefaßt werden. Der Vorsitzende ist bekanntlich von seinem Posten entfernt worden. Uns scheint, alle, die an dieser Begründung mitgewirkt haben, sollten vor Gericht gestellt werden.“

Das ist auch unsere Meinung. Wir richten nunmehr, nachdem das Rastatter Gericht gesprochen hat, die ebenso eindringliche wie eindeutige Anforderung an den südbadischen Generalstaatsanwalt Professor Dr. Bader, den Pflichten seines hohen Amtes entsprechend Anklage zu erheben gegen den Landgerichtsdirektor Göring und seine Komplizen, weil sie sich des schwersten Verbrechen schuldig gemacht haben, das einem Richter vorgeworfen werden kann: der Beugung des Rechts. Und wir schließen uns der Forderung an, daß darüber hinaus alle vor Gericht gestellt werden, die am Zustandekommen des Freiburger Justizskandals mitschuldlich sind. Es ist notwendig, daß in die Hintergründe dieser Affäre hineinge-

Bleibt die Regierung Blum?

Wirtschaftsexperiment und Versuch einer Minderheitsregierung

Paris. Je näher die Tage des Zusammentretens des Parlaments (14. Januar) und der Präsidentenwahl (16. Januar) rücken, desto größere Bedeutung gewinnt die Frage, ob die Regierung Blum im Amt bleiben wird. In technischer und finanzieller Hinsicht spricht manches dafür, daß eine „Erneuerung“ — um den parlamentarischen Fachausdruck zu gebrauchen — der Regierung Blum stattfinden wird. Die von Léon Blum eingeleitete Bewegung der allgemeinen Preissenkung hat eine psychologische Wirkung ausgelöst, die sich sogar auf den Schleichhandel auswirkte und selbst den unerlaubten Gold-Schwarzmarkt erfaßte, auf dem das Gold nunmehr zu einem Preise gehandelt wird, der eine wesentlich weitgehendere Senkung erfahren hat, als sie mit fünf Prozent offiziell vorgeschrieben worden ist.

Nun bereitet Léon Blum noch eine zweite Preissenkung vor. Eine weitere Serie von Maßnahmen solle innerhalb einer Frist von 60 Tagen einen weiteren Preissturz von 10 Prozent bewirken. Dieses äußerst langsame Vorgehen soll dem Handel augenscheinlich die Möglichkeit geben, sich auf die Preissenkung einzustellen. Wenn nun aber in 60 Tagen Léon Blum und sein Kabinett nicht mehr im Amt sind, dann könne sehr leicht an die Stelle der psychologischen Wirkung, deren Tragweite man jetzt erst ganz begreifen, eine weitgehende Enttäuschung treten, argumentieren die Anhänger der Beibehaltung der Regierung Blum.

Doch gibt es auf politischem Gebiet entschiedene Gegner dieser „Erneuerung“. Denn es ist paradox, daß sich in einem Land, das gerade im Begriff steht, die demokratischste Verfassung seiner Geschichte zu verwirklichen, die Minderheitsregierung einer Partei sich weiter an der Macht befindet, die bei den Wahlen geschlagen worden ist, und nur noch über 100 von insgesamt 600 Sitzen verfügt. Hinzu kommt, daß an der Spitze dieser Regierung ein Mann steht, der mit Absicht dem Parlament nicht angehört. Damit wird gegen den Geist der Verfassung gerade in dem Augenblick verstoßen, in dem diese in Kraft tritt.

Hinzu kommen die Bestrebungen der beiden größten Parteien, die, obwohl jede stärker ist als die Sozialistische Partei, zur Zeit nicht an der Ausübung der Macht beteiligt sind: Das MRP und die Kommunistische Partei.

Das MRP wäre sehr geneigt, der sozialistischen Regierung die Möglichkeit zu geben, ihr Experiment noch 60 oder 90 Tage lang fortzusetzen. Den

Standpunkt der Kommunistischen Partei legt in einem bemerkenswerten Artikel in der „Humanité“ Jacques Duclos dar. Er stellt fest, daß die sozialistische Einheitsregierung sehr leicht eine Uebervanglung darstellen könnte, um mit deren Hilfe die Kommunisten von der Ausübung der Regierungsgewalt auszuschließen. Er hält es vor allem geradezu für eine Katastrophe, daß das Regierungsprogramm Léon Blums von einer beträchtlichen Mehrheit im Parlament übernommen werden könnte, die nach rechts orientiert wäre. Deshalb fordert Jacques Duclos die Bildung einer links orientierten Konzentrationsregierung, die sich im wesentlichen auf die Sozialisten und auf die Kommunisten stützen sollte.

Die Sozialisten, die ihre Macht aus ihrer Stellung als schwächerer Vermittler zwischen Starken schöpfen wollen, haben sich noch immer nicht entschieden, Alles darauf hin, daß sie das Experiment der Minderheitsregierung fortsetzen möchten.

Zur Saarfrage

Saarbrücken. „Die auf der Liste der Christlichen Volkspartei stehenden Bürgermeister und stellvertretenden Bürgermeister des Saarlands haben bezüglich der wirtschaftlichen Anneliederung des Saarlands an Frankreich dem Gouverneur die Zusicherung, daß sie mit der Christlichen Volkspartei übereinstimmen, die mit der Politik des Gouverneur und derjenigen der französischen Regierung in Einklang steht. Sie hoffen lebhaft, daß die wirtschaftliche Anneliederung sowohl im Interesse des Saarlands als auch im Interesse der französischen Nachbarn beschleunigt verwirklicht wird. Deshalb würden sie sich öffentlich schätzen, wenn die wirtschaftliche Anneliederung so schnell wie möglich durchgeführt würde. Die baldige Verwirklichung der wirtschaftlichen Anneliederung wäre sowohl im Interesse der dringend erforderlichen Wiederkehr ihrer Heimat, als auch im Interesse einer engen guten kulturellen Zusammenarbeit zwischen dem Saargebiet und Frankreich wünschenswert.“

Das ist ein Auszug aus einer Erklärung der Christlichen Volkspartei anlässlich der ersten und stellvertretenden Bürgermeister. Die der gleichen Partei angehörenden Bürgermeister der Kreise Waldern und Saarburg, die dem Saargebiet erst neuerlich angeschlossen wurden, schlossen sich dieser Absage an Deutschland ausdrücklich an.

Für die Einheit Deutschlands

Berlin. Die Funktionärsversammlung der SED forderte am 5. Januar in der Berliner Staatsoper die demokratische Ordnung Berlins, sowie die Einheit Deutschlands und seiner Arbeiterbewegung.

Deutschland-Rundschau

DER KOELNER STUDENTENAUSSCHUSS hat sich an die Militärregierung mit einer Resolution zugunsten von fünf entlassenen Nazi-Professoren gewandt.

HERR CARL DELIUS, der von den Berliner Stadtverordneten zum Statist für Post- und Fernverkehr vorgeschlagen zu Hilfe gefühlteste ehemalige LDP-Präsident der dortigen Oberstadtdirektion, ist von der alliierten Kommandantur als Stadtrat abgelehnt worden.

DIE VERFASSUNG von Mecklenburg-Vorpommern soll am 14. Januar bereits in zweiter Lesung behandelt werden, nachdem über die Abänderungsanträge der CDU und LDP zum Entwurf der SED im Wesentlichen eine Einigung erzielt wurde.

Einige isolierte Werke sollen als Auftakt der „Sozialisierung“ in der britischen Zone mit geringem Kapital zu ihren Konzernen gelöst und unter Beteiligung der Gewerkschaften veräußert werden, beschloß die Militärregierung.

Ein internationales Treffen deutscher und sowjetischer Wissenschaftler begann gestern in Jena. Im Auftrag des Marx-Engels-Lenin-Institutes in Moskau berichtete Professor Wischinsky über die Zusammenarbeit deutscher und sowjetischer Gelehrter.

ZUM MILITÄRGOUVERNEUR der amerikanischen Besatzungszone als Nachfolger von General Mac Narny wurde General Clay ernannt, der gleichzeitig den Oberbefehl über die gesamten amerikanischen Landstreitkräfte in Europa übernehmen wird.

WEGEN BESTECHUNG GOERINGS und seines Staatssekretärs Körner wurde der Inhaber des Zigaretten-Monopols im Dritten Reich, Philipp Reemtsma von der Himmlerburger Staatsanwaltschaft verhaftet. Es soll sich um Millionenbeträge gehandelt haben, mit denen Reemtsma die Niederschlagung eines Strafverfahrens erreichte.

GERUECHTE UEBER DEMONTAGE der Jäger Schottwerke, die gewisse Berliner Zeitungen verbreiteten, wurden von Radio Leipzig dementiert. Die Werke werden im März bereits wieder die volle Produktion aufnehmen.

DER HESSISCHE LANDTAG hat der Zweiparteien-Regierung Stock das Vertrauen ausgesprochen. Die KPD stimmte gegen das Vertrauen, die LDP enthielt sich der Stimme.

Der Druckfehlerteufel

Infolge eines technischen Mißgeschickes sind in der letzten Ausgabe des NEUEN TAG zwei Sätze sinnstörend entstellt. In dem Artikel:

Die Antifaschisten gegen Lortz (WAV)

muß es heißen: „Der Landesausschuß der politischen Verfolgten erhebt gegen die programmatische Erklärung des Herrn Staatsministers für Sonderaufgaben, Alfred Lortz, entschieden Protest“, heißt es in einem der Denkmäler vom Landesausschuß am Freitag übermittelten Protestschreiben, das mit Ausnahme der (nicht: aber von) WAV von allen vier Parteien und vom bayrischen Hilfswerk unterschrieben ist...“

Der letzte Abschnitt des Berichtes

Bargeschäft oder Kunsttrüdelerei

heißt natürlich: „Für uns ist die Bodenreform keine Ausstattungsgellegenheit für landlose, weil verjagte Strauchritter, sondern die Sache der Bauern, Pächter und Landarbeiter, die dadurch genügend Land zu eigen erhalten sollen.“

DER NEUE TAG

Volkszeitung für Baden und Württemberg
Chefredakteur: Dr. Karl Bittel
Redaktion: (17b) Offenburg, Kornstr. 1, Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. Verlag: Süd-West-Verlag e.G.m.b.H., (17b) Offenburg, Hauptstr. 115, Postfach 361, Fernruf 2327. Erscheint Mittwoch und Samstag. Bezugspreis monatlich 1,10 Mk. einisch. Trägerlohn, bei Postbezug zuzügl. Beleggeld. — Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Co., Offenburg

**Lenin
Liebknecht
Luxemburg**

Drei Vorkämpfer des Kommunismus

Zu unseren schönsten Erinnerungen aus der Arbeiterbewegung vor 1933 gehörten stets die LLL-Feiern, die alljährlich Mitte Januar abgehalten wurden. Sie galten dem Gedenken an die revolutionären Helden des deutschen Sozialismus, die damals mit KARL LIEBKNECHT und ROSA LUXEMBURG in der proletarischen Revolution von 1918-19 ihr Leben opferten. Sie galten zugleich der Erinnerung an den Todestag (21. Januar 1924) des genialen Vorkämpfers des Internationalen Sozialismus WLADIMIR ILJITSCH LENIN, des siegreichen Bannerträgers der Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels.

Es ist nicht nur unsere Kommunistische Partei — weil diese drei Großen der Arbeiterbewegung zu den Ihren zählten, — die heute die Tradition der LLL-Feier wieder aufnimmt. Mit uns zusammen feiert die sozialistische Bewegung in allen Ländern der Erde diese Gedenktage im Gelöbniß, daß jener erhabene Geist und heldenhafte Kampfwille der

LENIN — LIEBKNECHT — ROSA LUXEMBURG

lebendig bleibe und zu Taten anfeuere, die uns den Weg zum Sozialismus führen.

An Lenins Todestag

Heult auf Fabriksirenen! Kreischt ihr Schlote!
Kanonen brüllt! Bis Luft und Erde gellt!
Im Schmerzorchester. — Hört es nicht der Tote,
So hört es Rußland doch, so hört's die Welt.
Denn hören solls die Welt und soll es fühlen,
Daß eine Hand von ihrer Achse glitt.
Die es vermochte, Stürme aufzuwühlen,
Die mit dem Schwert für Pflug und Hammer stritt.

Maschinen, schreit's der Menschheit in die Ohren,
Hochofenflamme, die zum Himmel loht,
Seng' es mit blut'ger Schrift in seine Tore!
Welt halt den Atem an: Lenin ist tot!
O faßt es, Menschen; doch wer könnt es fassen,
Was kaum die bange Ahnung tastend spürt;
Der Moses starb den lastgebeugten Massen,
Der Rußlands Volk durchs Rote Meer geführt;
Der ihm die Wüste bahnte,
Der frevlen Wahn des gold'nen Kalbs zerschlug;
Und der die Tafel, die zur Pflicht gemahnte,
In Marsch und Kampf ob allen Häupter trug.
Der Moses starb, der Armen und Geplagten

Der Freiheit heiß ersehnte Schwelle fand;
Der hin zum Ziele wies, wenn ihn die Zweifel
fragten:
Dort ist's, erkämpft Euch das gelobte Land.

Lenin ist tot! Die Sichel senkt, den Hammer
In trauervoller Ehrfurcht seinem Geist.
Doch überlaßt Euch nicht dem faulen Jammer;
Die Ketten, die er angefeilt, zerreißt!
Vor an eigner Kraft in seinen Fahnen!
Dies unser Schwur, nun Trauerchöre braust!
Lenin ist tot, — so flattert, rote Fahnen!
Schiffsglocken läutet! Eisenhämmer saust!
Gewehre knattert! Hupen bellt! Sirenen,
Haubitzen, Essen — donnert, brüllt und pfeift!
Laßt Euren Lärm die Atmosphäre dehnen,
Daß das Gestirn am Firmament begriffet!
Lenin ist tot! Die Menschenvölker trauern!
Die Bresche riß in düstere Zwingsburgmauern.
Lenin ist tot! Hell leuchtet, was er schuf.

Erich Mühsam.

Der Glaube an die schöpferischen Kräfte der Massen ist diejenige Besonderheit im Wirken Lenins, die es ihm ermöglichte, das Gesetzmäßige der Elementarkräfte zu erfassen und ihre Bewegung in die Bahn der proletarischen Revolution zu leiten.

J. Stalin

Ein Kämpferleben für den Frieden

Karl Liebknecht — noch heute klingt dieser Name wie ein Kampf gegen Imperialismus und Militarismus durch die Welt.

Was er einer gequälten Menschheit im ersten Weltkrieg bedeutete, ist niemals ergreifender dargestellt worden als in Henri Barbusses Kriegsroman „Das Feuer“. „Es ist Nacht und eine Pause zwischen dem Morden. Irgendwo im Dreck des Schlützengrabens liegt ein einfacher französischer Soldat. Wie er einmal wird in ihm der Haß gegen den Krieg und die Sehnsucht nach Frieden übermächtig, und da spricht er ein Wort, nur ein Wort leise in die dunkle Nacht: Liebknecht...“

Eine mutige Tat vor allem machte Liebknecht zu dieser symbolischen Gestalt. Das war sein wuchtiger Protest gegen den imperialistischen Krieg am 2. Dezember 1914 im Deutschen Reichstag. Zum zweiten Male standen die Kriegskredite zur Abstimmung. Alle Abgeordneten, auch die der sozialdemokratischen Fraktion, erhoben sich von ihren Plätzen, bis auf Karl Liebknecht. Ein unbeschreiblicher Lärm brach los. Wutentbrannt fiel die kriegslüsterne Meute des Reichstags mit Schmährufen und Drohungen über Liebknecht her. Er aber stand ruhig auf, sah festen Blickes um sich und ging gemessen dem Ausgang des Sitzungssaales zu.

Schon vor der ersten Abstimmung über die Kriegskredite im Jahre 1914 hatte Karl Liebknecht in einer Erklärung, abgegeben innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den Krieg als einen imperialistischen gekennzeichnet, bei dem es „um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital“ gehe, keinesfalls jedoch um die „Verteidigung des Vaterlandes“. Er hoffte, die Partei würde in Kürze zurückfinden zu einer klaren Antikriegspolitik, zumal sie sich kaum zwei Jahre zuvor auf dem Baseler Kongreß der Zweiten Internationale ebenso wie ihre Bruderparteien verpflichtet hatte, alles aufzubieten, um den Ausbruch des drohenden Krieges zu verhindern. Sehr bald erkannte Liebknecht, daß die damalige Führung der deutschen Sozialdemokratie endgültig gebrochen hatte mit den Grundsätzen einer entschlossenen Kampfpolitik gegen den imperialistischen Krieg.

Fortan führte er einen rücksichtslosen Kampf gegen alle Kreditbewilliger und entlarvte schonungslos im Reichstag mit seinen „Kleinen Anfragen“ die Kriegsverlängerer und Kriegsverbrecher. Die kaiserliche Regierung antwortete mit seiner Einberufung zum Heer. Künftig wurde er zu den Reichstagsitzungen nur noch „beurlaubt“. Doch Karl Liebknecht kämpfte zäh weiter, auch außerhalb des Parlaments. Im Mai 1915 verfaßte er das berühmte Flugblatt „Der Hauptfeind — das war nach Liebknecht — der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei und die deutsche Geheimdiplomatie“.

Karl Liebknechts Kampfgefährten waren Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck und andere. Auf einer Konferenz am 1. Januar 1916 schlossen sich diese unversöhnlichen Gegner des imperialistischen Krieges zum Spartakusbund zusammen, jener Organisation, aus der drei Jahre später die Kommunistische Partei Deutschlands hervorging. „Mit Liebknecht und den Spartakusleuten geht alles, was unter den Sozialisten Deutschlands ehrlich und wirklich revolutionär geblieben ist“, schrieb damals Lenin. In der Tat: die Gruppe um Liebknecht und Luxemburg rettete

in den dunkelsten Tagen der deutschen Arbeiterbewegung die Ehre jener Partei, die einmal in der sozialistischen Weltbewegung einen der geachteten Namen hatte.

Bald sandte der Spartakusbund zahlreiche revolutionäre Flugschriften ins Land, die der verärrterischen Aufforderung zum „Burgfrieden“ immer wieder die Losung entgegenschleuderten: „Burgkrieg den Kriegsverbrechern“. Die Kriegstreiber und ihr reaktionärer Anhang aber schrien: „Landesverrat“. Und ein wütender Terror begann gegen Spartakus.

Am 1. Mai 1916 kam es auf dem Potsdamer Platz in Berlin zu einer mächtigen Antikriegsdemonstration, bei der auch Karl Liebknecht sprach. Er wurde sofort verhaftet. Die ganze Reaktion frohlockte, denn nun glaubte sie, endlich den Mann unschädlich machen zu können, den sie seit Jahren am meisten haßte. Der Reichstag war ihr nur allzu gern willig. Erfreut darüber, den unerbittlichen Ankläger seiner gewissenlosen Kriegspolitik loszuwerden, genehmigte er die von der Regierung geforderte Strafverfolgung. So kam Liebknecht vor ein Kriegsgericht. Aber dieser Angeklagte war auch hier, was er immer war: Ankläger! Verurteilt zu über vier Jahren Zuchthaus, hatte er für die wilhelminische Räuberbande nur eine Antwort: „Ihre Ehre ist nicht meine Ehre! Aber ich sage Ihnen: Kein General trug je eine Uniform mit so viel Ehre, wie ich den Zuchthauskittel tragen werde. Ich bin hier, um anzuklagen, nicht um zu verteidigen! Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“

Im November 1918 erlebte der deutsche Militarismus seinen ersten Zusammenbruch. Kurz vorher hatte Liebknecht das Zuchthaus verlassen. Am 9. November zog ein riesiger Demonstrationzug zum kaiserlichen Schloß. Dort öffnete sich plötzlich das Fenster, aus dem Wilhelm II. bei Kriegsausbruch mit seiner bekannten Rede den nationalistischen Taumel entfacht hatte. Jetzt stand Karl Liebknecht an dieser Stelle. „Heute“, so rief er in die Massen, „ziehen an diesem Schloß die gespenstischen Scharen der im Kriege hingemordeten und die Geister unzähliger verstümmelter Kämpfer vorüber.“

Doch umsonst beschwor Karl Liebknecht immer wieder die Schrecken des soeben beendeten Krieges. Seine warnende Stimme blieb ungehört. So nahm denn das Verhängnis von neuem seinen Lauf.

Während es von den Anschlagssäulen schrie „Der Sozialismus marschiert“, sammelte die Reaktion hinter den Kulissen der schwarz-rot-goldenen Bühne ihre Kräfte. Und es war nicht nur so, wie es Plevier treffend sagte: „Der Kaiser ging, die Generale blieben“.

Es blieb auch die alte reaktionäre Staatsbürokratie. Es blieben ebenfalls die ewig kriegslüsternen Junker. Es blieb schließlich das stets beutegierige Monopolkapital.

Mit all diesen dunklen Mächten räumte die neue Republik nicht endgültig auf. Das war ihre Schwäche, und gegen diese Schwäche, die dem deutschen Volke 13 Jahre später den Faschismus und 19 Jahre später einen zweiten Krieg kostete, kämpfte Karl Liebknecht bis zur letzten Stunde seines Lebens, leidenschaftlich und kompromißlos. Und so ergeht auch an unsere Zeit sein Mahnruf: Rottet den Militarismus aus, entmachtet die Junker, zerschlagt das Monopolkapital!

Nur dann wird Friede über Deutschland sein.

G. Holt

Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg — ein Name, stählern und zart zugleich in der Erinnerung derer, die sie gekannt haben. Für eine gewisse Sorte von Menschen, deren Macht und deren Taten wir heute in jedem Lebensatem büßen, war es ein Name, den man gewissenlos in den Schmutz zog und einer unwissenden Masse gegenüber infamierte. Kein Mittel war solchen Verleumdern zu niedrig, um diese einzige Frau zu beschimpfen, bis es ihnen gelang, sie feige und hinterücks zu er-morden.

Warum — werden viele fragen? Darum, weil sie für Menschenrecht und Menschenwürde ihr Leben dem Kampf der großen Arbeiterklasse widmete. Mehr als andere revolutionäre Kämpfer wurde diese Frau gefürchtet, weil man die Ueberlegenheit ihres Geistes, ihre schonungslose Analyse reiner egoistischer Klasseninteressen fürchtete, ihre überzeugende Persönlichkeit überhaupt. Für den nicht ganz Gedankenlosen und Blöden müßte eigentlich schon immer die Frage entstanden sein, warum solche Menschen wie Rosa, wenn sie, wie ihre Gegner behaupten, all ihre Arbeit um der eigenen Interessen willen getan, sie nicht jeden andern Weg innerhalb der Gesellschaft vorgezogen? Wege der wirklichen Selbstsucht, der Bequemlichkeit, die nicht andauernd ins Gefängnis führten und ständige Gefahr für Gesundheit und Leben bedeuteten? Kommt niemand auf den Gedanken, welche einen Glauben und welche leidenschaftliches Ideal solche Menschen besitzen, daß sie 40 Jahre schwerster geistiger Arbeit, unter Aufopferung von Heimat, Besitz und Ruhe, bei ewiger Sorge und Elend dem Kampf widmen?

Sehr tief war die Güte in Rosa. Und von ihrer menschlichen Persönlichkeit soll heute hier gesprochen werden. Nicht von ihrer geistigen Leistung, die sie als ein genialer politischer Kopf erbracht hat; ihrer Prognosen und Analysen der Ursachen des Weltkrieges und der kommenden Kriege überhaupt; oder das, was sie als Lehrerin an den Arbeiteruniversitäten — unvergeßlich für ihre Schüler — geschenkt hat. Wir wollen uns ihr Bild heraufbeschwören, die zarte, kleine Gestalt, nicht auffällig, außer dem Kopf mit dem feinen Mund und der klugen Stirn; über allem aber die herrlichen Augen, dunkel erstrahlend vor Trauer um die Dinge, Versehen um Menschenleid — und hell aufstrahlend im Feuer des Kampfes um ein Leben, um eine Welt, die es galt schön zu machen. Das unendlich Kleine sehend und nicht daran vorübergehend. Ein Kind auf der Straße mit irgend einem Herzeleid, und wenn es ein zerbrochener Milchpott war, Rosa ging nicht vorbei, sie hülfte ihm denn. Eine Freundin, auch der Tiere. Man muß ihre Briefe aus dem Gefängnis lesen, die sie zuletzt noch in der Kriegszeit 1914 schrieb. Sie klingen, sagte Sonja Liebknecht, an die sie meist gerichtet waren, „als wären sie aus der Sommerfrische geschrieben“. Da war der Baum vor dem Fenster im Gefängnis-hof mit seinen Vögeln und seinem Leben. Welch intensives feines Beobachten der Dinge im kleinsten Umkreis. In solchen Zeiten erinnerte sie sich dann auch des seltenen Genießens von Musik und anderer Kunst. Sie liebte Hugo Wolf über alles. Sie hatte viele unserer klassischen Dichtungen im Gedächtnis. Aber sie hatte für all das fast nie Zeit. Politische, wissenschaftliche und praktische Arbeit nahmen ihr Kraft und Zeit.

Wenn man einmal in Rosas kleine Wohnung in Süddeinde kam, um irgend etwas zu besorgen, während sie im Gefängnis war, sah man eine kleine bescheidene Häuslichkeit, in der alles so sauber war, so eine geordnete Stille, in der ein Mensch, den draußen das Leben hart umbraust, wieder zu sich und seiner Stille kommen kann. Es ist ihr kaum vergönnt gewesen, dies „zu Hause“

sein. Tumult der Reaktion, Aufruhr und Mord erwarteten sie. Keine Ruhe bei Tag und Nacht — und hätte sich verbergen können und schützen — und tat es nicht; vielleicht weil sie jene wider-natürliche und unmenschliche Tat niemals ahnen konnte.

Lernt Rosa Luxemburg kennen, ihr Frauen von heute, wo immer ihr steht. Ihr werdet stolz sein auf eine von euch. Klug und genial sein, das ist Gnade; aber selbstlos sein und verloren an die Arbeit zum Guten, ist Charakter und Wille. Eine Frau, hilflos vor Henkersknechten, die ihr machtvolles Gehirn mehr als alles fürchteten, aber stählern und unbeirrt in ihrem eigentlichen Sein, in ihrer Ueberzeugung zum Besten der Menschen und zu dem was sie tat. Ein vorbildlicher Mensch: Rosa Luxemburg.

Lu Märten.

Der Mord!

Morgens schrieben sie ihre letzten Aufsätze für die „Rote Fahne“. Rosa Luxemburg die wuchtige Anklage „Die Ordnung herrscht in Berlin“, Karl Liebknecht des Spartakusbundes Gelöbniß zum Kampf bis zum Siege „Trotz alledem!“ Zusammen mit Wilhelm Pieck wurden sie nachmittags von der Wilmersdorfer Bürgerwehr verhaftet und ins Eden-Hotel, dem Stabsquartier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division eingelie-

Gedenktage der Woche

- 12. Januar — 1746 Heinrich Pestalozzi, Jugendzieher und Schriftsteller, geb. — 1876 Jack London, amerikanischer Schriftsteller, geb.
- 13. Januar — 1910 Politische Auflösung der Freien Jugendorganisation in Berlin — 1922 Misdemondemonstrationen in Berlin gegen das Betriebsrätegesetz.
- 14. Januar — 1874 Philipp Reis, Physiker, gest. — 1918 Beginn des Januarstreiks in Wien. — 1920 Verhängung des Ausnahmezustandes über ganz Deutschland. Verbot der „Roten Fahne“ und „Freiheit“ in Berlin.
- 15. Januar — 1622 Jean Molliere, französischer Lustspiel-dichter, gest. — 1793 Ferdinand Waldmüller, Maler, geb. — 1919 Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.
- 16. Januar — 1844 Paul Singer, bekannter Sozialdemo-krat, geb. — 1919 „Rote Fahne“ in Berlin beslag-nahmt.
- 17. Januar — 1793 Ludwig XVI. zum Tode verurteilt. — 1921 Gründung der Kommunistischen Partei Italiens.
- 18. Januar — 1685 Charles Montesquieu, französischer Denker, geb. — 1919 Beginn der Friedenskonferenz in Paris.

fert. Gegen 11 Uhr nachts wurde Karl Liebknecht durch den Nebenausgang aus dem Hotel gebracht. Unmittelbar vor dem Tor wurde er durch Kolbenhiebe niedergeschlagen, dann in ein Auto geschleppt, das nach dem Tiergarten fuhr. Am Neuen See im Tiergarten hatte angeblich das Auto eine Panne. Der schwerverletzte Liebknecht wurde aus dem Auto geholt, einige Schritte einen Seitenweg hineingeführt und dann ermordet. Den ersten Schuß gab der Kapitänleutnant v. Pflugk-Hartung ab. Dann wurde Liebknechts Leiche als die eines aufgefundenen unbekanntenen Mannes nach einer Rettungsstation gefahren.

Einige Zeit nach Liebknecht wurde Rosa Luxemburg aus dem Hotel gebracht. Der Leutnant Vogel führte sie dem Jäger Runge zu, der sie vor dem Hauptausgang des Hotels mit zwei Kolbenschlägen niederschlug. Die Ohnmächtige wurde in das bereitstehende Auto geschleift. Einige Leute setzten sich neben Rosa Luxemburg auf den Wagen. Ein Mann schlug ihr mit einem harten Gegenstand, wahrscheinlich einem Revolver, auf den Kopf. Kurz nach der Abfahrt tötete der Leutnant Vogel die fast Leblose durch einen Schuß in den Kopf. Die Leiche wurde dann an der Lichtenbrücke im Landwehrkanal versenkt. Die Leiche ist erst Ende Mai gefunden worden.

Der Arbeiter muß essen

Kommunistische Abgeordnete gegen Abbau der Zulagekarten

Die kommunistischen Landtagsabgeordneten von Mannheim und Karlsruhe haben folgenden Antrag an das Innen- und Wirtschaftsministerium gerichtet:

„Die kommunistischen Abgeordneten des Nordwürttembergischen-Nordbadischen Landtages der Städte Mannheim und Karlsruhe nehmen mit Befremden Kenntnis von der beabsichtigten Einschränkung der Zuteilung von Schwer- und Schwerstarbeiterzulagekarten für die Städte Mannheim und Karlsruhe. Wie aus den Darstellungen der Gewerkschaften ersichtlich, war von seiten des Wirtschaftsministeriums und auch Kenntnis der Abgeordneten auch von seiten des Staatsministeriums die Zusicherung gegeben worden, daß Verhandlungen zum Zwecke der Sicherstellung der Fortgewährung von Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen in dem bisherigen Umfang beim Länderrat eingeleitet werden sollen. Entgegen diesen Zusicherungen von seiten dieser Ministerien schreitet nun das Gewerbeauf-

sichtsamt Karlsruhe zu den in Mannheim bereits begonnenen Vorbereitungen zum Abbau der Zulagekarten für Schwer- und Schwerstarbeiter. Die Unterzeichneten erheben gegen dieses Vorgehen des Gewerbeaufsichtsamtes Karlsruhe Einspruch. Sie erwarten, daß das Staats- und das Wirtschaftsministerium unverzüglich dem Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe die notwendigen Anweisungen erteilen und die eingeleiteten Maßnahmen, die den Abbau der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen vorbereiten, umgehend rückgängig zu machen, um schwere gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden zu verhüten und die bereits eingetretene starke Beunruhigung zu beseitigen.“

Volksentscheid über Abrüstung gefordert

München. Der Kommentator von Radio München, Boto Ohly, forderte von der bayrischen Regierung die Durchführung eines Volksentscheides, durch den endgültig die Wiedereinführung der Wehrpflicht verboten werden soll.

Vollzug des Gesetzes Nr. 52

Vom amtlicher Seite wird bekanntgegeben, daß der unter das Gesetz Nr. 52 fallende Personenkreis durch das Badische Landesamt für kontrollierte Vermögen nach den bestehenden Anweisungen bezeichnet worden ist.

Verbilligte Eisenbahnfahrten

Baden-Baden. Im Anschluß an die Verbilligung der Arbeiterwochenkarten usw. seit 1. 12. 1946 gewährt die Eisenbahn vom 1. 1. 1947 ab für bestimmte Berufsgruppen weitere Vergünstigungen.

So wurden die seit dem 1. 1. 1946 erhöhten Preise für Arbeiterrückfahrkarten, für Kleingärtner, für Binnenschiffer, für Heimbauer und Hausgewerbetreibende auf den Stand vom 1. 1. 1946 wieder ermäßigt.

Sie war in keiner Naziorganisation

Wiesbaden. Hildegard Wendt, ehemalige Sekretärin bei der amerikanischen Militärregierung, wird sich in Kürze wegen widerrechtlicher Aneignung und Vernichtung von an die Militärregierung gerichteten Briefen und Dokumenten vor einem Militärgericht zu verantworten haben.

hörte ihrem Fragebogen zufolge Keiner Naziorganisation an. Die Wendt wurde bei der Vernichtung eines an die Militärregierung gerichteten Briefes, der Mitteilungen über ein ehemaliges Mitglied der NSDAP enthielt, überrascht.

Wirtschafts-Spiegel

Greiz. Die größeren Betriebe der Greizer Textilindustrie müssen infolge der starken Anlieferung von Rohmaterial aus der Sowjetunion zum Zwei- und Dreischichtsystem übergehen.

Wiesbaden. Bis zum Erlaß des Ausführungsgesetzes zu Artikel 47 der Verfassung des Landes Hessen werden der Bergbau (Kohle, Kali und Erze) und das Verkehrswesen dem hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr unterstellt.

London. Die Föderation der britischen Industrie und die Vereinigung der britischen Arbeitgeberverbände haben sich zusammengeschlossen.

Stuttgart. Der Entwurf einer für die gesamte amerikanische Zone bestimmten Verordnung über die beratenden Ausschüsse beim Landesarbeitsamt und den Arbeitsämtern wurde von der amerikanischen Militärregierung genehmigt.

Washington. Der CIO hat den angeschlossenen Gewerkschaften einen Bericht zugehen lassen, aus dem hervorgeht, daß die amerikanische Industrie eine Lohnerhöhung vornehmen kann, ohne daß dadurch eine Preissteigerung eintreten müßte.

Freiburg. Da die Berufsschule für die Lehrlinge des Hotel- und Gaststättenwesens in Baden-Baden derzeit nicht weitergeführt werden kann, ist die Eröffnung eines solchen Instituts an einem anderen Ort Südbadens vorgesehen.

Paris. Die Abordnung der österreichischen Gewerkschaften ist auf Einladung des Weltgewerkschaftsbundes in Paris eingetroffen.

Suchdienst

Welcher Heimkehrer kann Auskunft geben über meinen Sohn Gehr. Max Gugel, Stab 1 1087 545 Volks-Gren.-Division Feldpost-Nr. 27 3447 Lag am 15. 1. 45 bei Jaslo (Polen).

Gesucht wird: Frau Martha Sofke geb. am 9. 2. 05 (oder 06) aus Breslau, Kohlenstr. 26. Von dort weg im Februar 1945. Nachricht erbittet: Paul Ludwig, (21a) Bad Salzuflen, Neumarkt Nr. 1. (K-3)

Wer kann Auskunft geben über meinen Mann, Gehr. Karl Hanser, geb. am 4. 6. 09, letzte Feldposteinheit Nr. 18 842 E (Stammkomp. Jäger-Ers.-Batt. 56 8, MGK.). Kam am 26. 1. 44 bei Ssawin-Rog ca. 45 km nordwestl. Mosyr (Rt.-land) in Gefangenschaft. Für jede Auskunft bin ich dankbar.

Stellenangebote

Perfekte Köchin in beste Stellung gesucht (Arztshaushalt). Zuschriften unter Nr. 20-161 an die Geschäftsstelle DNT, Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

Tausch

Biete neues Bügeleisen. Suche Herrenschuhe Gr. 44 Zuschriften unter Nr. 20-149 an die Geschäftsstelle DNT, Freiburg/Br., Schwabentorstr. 1.

Kaufgesuche

Für die Herstellung von Waschmittel benötige ich laufend Tiergalle und kaufe jede Menge auf. Chemische Fabrik SEEWA Inh. Erich Leingruber Zweigniederlassung Radolfzell am Bodensee. (32-345)

Mietgesuche

2 möbl. Zimmer in Freiburg (mgl. Wehre) von Ausl. ges. Verpflungszuschuß für Vermieter. Zuschr. unter Nr. 20-148 an die Geschäftsstelle DNT, Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

Verschiedenes

Obwäume, Beerenobst beschneidet und putzt fachmännisch aus gegen tarifl. Lohn und Kost. Voranmeldungen sind zu richten an Marcellus Ltz, Freiburg/Br., Kampfmeyerstr. 17. (20-154)

Landwirt, 43 Jahre, verh., zwei Kinder, mit allen Arbeiten in Obst- u. Viehzucht bestens vertraut, sucht landwirtschaftl. Anwesen zu pachten oder zu kaufen. Nach Vereinbarung kann Besitzer bei erstklassiger Behandlung auch mit Familienanschluß verbleiben. Angebote erbeten unter Nr. 32-332 an DNT, Offenburg, Postfach 361.

Heiraten

Tüchtige Haushälterin, 38 Jahre, vom Lande, etwas schwerhörig, wünscht, da es anpassender Gelegenheit fehlt, einen tüchtigen, charakterfesten, gut kathol. Lebenskameraden, Beamter, Handwerker oder Arbeiter, Witwe, nicht ausgeschlossen, kennen zu lernen. Zuschr. unter Nr. 20-162 an die Geschäftsstelle DNT, Freiburg i. Br., Schwabentorstr.

Glückliche Ehen ermöglicht meine langjährige, leistungsfähige Vermittlung für alle Kreise bei reichen Vorkerkungen. Auch Eingeheirateten aller Art. Auskunft kostenlos, diskret. Frau Hilde v. Redwitz, Karlsruhe, Belserth. Allee 14a-119.

Angestellter, Anf. 30, schuldlos gesch., wünscht Briefwechsel mit Kriegervitwe od. Witwe i. Alter von 22-28 J. zwecks späterer Heirat. Kreis Lörrach bevorzugt. Möbel- u. Wäscheaussteuer erw. Bildzuschriften unter Nr. 32-318 an DNT, Offenburg, Postf. 361.

Arzttochter, anfangs 20, einziges Kind, stattliche Erscheinung, natürl. Wesensart, bietet einem tüchtigen Arzt Eheheirat (nettes Landhaus u. gute Praxisrichtung vorhanden). Briefe unter 2092 an Institut Unbehauen, Karlsruhe, Sofienstr. 120. (U-1)

Heirat und Einheirat aller Art vermittelt rasch bei mäß. Berechnung Frau Rosl Gais, Schornhof, Palmstr. 18. (50-112)

Schreiner, 48 Jahre, 1,72 m, ruhiger aufrichtiger Charakter, sehr solid, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, Naturfreund u. viel Sinn für ein trautes Heim, sucht zwecks baldiger Heirat die Bekanntschaft eines Fräuleins oder Witwe. Zuschriften mit Bild unter Nr. 32-336 an DNT, Offenburg.

Großinstitut für Eheanbahnung SELIG hatte an Weihnachten und Neujahr wieder wie früher eine große Anzahl Verlobungen und Hochzeiten zu verzeichnen. Ein Beweis für meine planvolle Arbeit! Zentrale Frankfurt a. M. Ruprechtstraße 6; Zweigstellen: Heidelberg, Steubenstr. 59; Karlsruhe, Uhlandstr. 36; Rastatt, Veilchenstr. 9; Stuttgart-K, Hirsauerstr. 6; Ravensburg, Herrenstraße 41; Friedrichshafen, Paulinenstr. 36; Konstanz, Untere Latbe 22.

Fräulein, gut aussehend, im Alter von 24 Jahren, 1,68 m groß, kath., wünscht in Briefwechsel mit solidem Herrn im Alter bis zu 38 Jahren zu treten zwecks späterer Heirat. Ehevermittlungen werden nicht erwünscht. Zuschriften mit Bild unter Nr. 32-342 an DNT, Offenburg.

Lehrer wünscht geistig hochstehende Lebensgefährtin bis etwa Mitte 30. Näheres unter 163 durch Briefbund Treuhelf. Geschäftsstelle München 51, Schließfach 37. (S-5)

Ihr Charakter, Ihr Schicksal! auf astrologischer Grundlage gegen Einsendung von 2 Mk. und Freiumschlag. G. Gernert, Kassel, Ostmannstr. 8. (R-8)

Musikalienhändler, die bei evtl. Zuteilung klassischer und moderner Musiknoten berücksichtigt werden wollen, geben ihre Adresse an unter „Musikalienverlag“ an Annoncen-Mayer, (14a) Stuttgart-W. Reinsburgstraße 87. (Ma-1)

Schriftsteller, langjähr. Literatur- und Theaterkritiker, begutachtet Manuskripte und erteilt Rat Heim-Verlag (16b) Radolfzell am Bodensee. (Dr-1)

Heimarbeit. Wer liefert laufend Schatullen in allen Größen, geschliffen und bemalt sowie sonstige Schnitzereien wie Figuren usw.? Angebote unter Nr. 32-331 an DNT, Offenburg, Postf. 361.

Auskunft und Detektel Adolf Karnau, Stuttgart-Vaihingen, Krügerstr. 42 - Tel. 789076, übernimmt Beobachtungen im In- und Ausland, Privat- u. Spezialauskünfte jeder Art. (50-111)

Geschäftsanzeigen Steppdecken-Umarbeitung! Anfragen an P. Schwegler, Offenburg, Baden, Annahmestelle: Hauptstr. 85 a (Laden).

Rolladen Aufträge für Reparatur u. Neuanfertigung können wieder angenommen werden. (Z1) Alfred Zimmermann, Rolladenfabrik, Freiburg i. Br., Dreikönigsstraße 43.

Papierhaus Herrmann früher am Siegesdenkmal, jetzt wiedereröffnet Runzestraße 62 Straßenbahnhaltestelle Bleichstr. (20-158)

Kraftfahrgewerbe! Alle Unternehmer im Güternah-, Güterfern- und Omnibusgewerbe im Bereich der Kreise Freiburg, Breisach, Staufen, Müllheim, Neustadt, Donaueschingen und Emmendingen werden gebeten, ihre genaue Anschrift zu richten an den Verband des Speditionswesens und Transportgewerbes Baden, Fachgruppe Kraftfahrgewerbe, Freiburg i. Br., Belfortstr. 15. (20-150)

Transportfahräder, luftbereit, bis 3 Ztr. Tragkraft, lieferbar. Zuschriften unter Nr. 20-153 an die Geschäftsstelle DNT, Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

Nur für Selbstverbraucher! 100 Rasierklinger 0,08 u. 0,10 mm mit Rasierapparat und Klingenschärfer einschließl. Verpackung 20 Mk. ab Neumarkt i. d. Opf. Versand: US-Zone Nachnahme, franz. Zone Vorauskassa. Bestellungen erbeten an Waka GmbH., Warenkaufhaus, Neumarkt/Opf. (G-8)

UHU der Alleskleber Ein Zeichen, daß es aufwärts geht UHU in alter Qualität. (He-1)

Briefmarken Hermann Krause, Leipzig C1, Dresdner Str. 26, nimmt wieder Reparaturen an. Rückporto beifügen. (Sa-1)

Deutschland 1945-1946 Briefmarken-Album mit 10 kompletten Sätzen nur 40 Mk. portofrei! Vorauskassa! Westzonen: Postscheckkonto Saarbrücken 13 620. Russische Zone: Postscheckkonto Berlin 39 266. Alfred Brückner, Fachgeschäft seit über 20 Jahren, Berlin-Neukölln, Lichtenraderstr. 56

66. Borek-Briefmarken-Auktion! Einlieferungen besserer Marken sofort erbeten. Provision 10% vom erzielten Preis. Richard Borek, Braunschweig, Schließf. 18 Gegr. 1899. (Kr-1)

Eine schön gewaschene Wäsche zu haben ist auch heute noch möglich. In kurzer Zeit bin ich wieder in meinem überall bekannten und beliebten Waschwäsche für Feinwäsche „SEEWA-BLEICHE“ lieferbar. Bis dahin liefere ich aus laufender Produktion ein gutes Wasch- und Einweichmittel in flüssiger Form, das nach Einsendung von Leergefäßen uneingeschränkt lieferbar ist. Des weiteren werden im neuen Jahr meine bekannten Reinigungsmittel wie SEEWA-Handwaschpaste, SEEWA-Hochglanzpolitur, -Ofenglanz usw. in verbesserter Qualität in den Handel gebracht werden. In allen führenden Geschäften erhältlich. Chemische Fabrik SEEWA Inh.: Erich Leingruber Zweigniederlassung Radolfzell am Bodensee. (32-345)

Westd. Polstergestellfabrik sucht groß. Posten unsortierter Lumpen aller Art gegen bar oder gibt dafür Möbel mit Matratzen, Polstermöbel oder sonstige Einrichtungsgegenstände in Zahlung. Angeb. unter WR 40170 an Reklame-Anzeigen-Gesellsch. (21a) Lemgo b. Bielefeld, Papenstr. 10.

Hühner haben durchschnittlich 200 Würmer. Die Folge ist, daß die Hühner wohl große Fresser, aber schlechte Legetiere sind, mauern früh und lange und sind für Krankheiten leichter empfänglich. Zur Anregung des Eierstocks und Bekämpfung der Würmer nimmt man Eierlegeterpulver Dolko, das bessere Legeleistungen bewirkt. Zu haben in Drogerien, Futtermittelhandlungen usw. Otto Koch, chem. pharm. Fabrik, Mörlenbach (Odw.). (R-4)

Alma-Schnitte, das unentbehrliche Zuschneidesystem für die Haus-schneiderei. Jeder Schnitt ein Maßschnitt. Sie können damit alle Garderobe und Wäsche für jede Figur, auch für Kinder und Wäsche für den Herrn herstellen. Das lästige Anprobieren fällt fort. 56 neueste Modelle mit über 500 Einzelschnitten und 40 Maßen für alle Ober- u. Hüftweiten. Einmalige Anschaffung. Preis Mk. 8.65 und Mk. 1.- für Porto und Nachnahme. Zu beziehen durch Friedrich Ahlf, (14a) Ludwigsburg 95, Postfach 143. (M-1)

Nur für Selbstverbraucher! Taschenfeuerzeuge, beste Friedensarbeit, hervorragende Ausführung, mit Watte, Docht u. Stein. 2 Stück einschli. Porto u. Verp. 10 Mk. gegen Vorkasse. Nachnahme 1 Mk. Gebühren. Garantie: Rücknahme bei Nichtgefallen. Bestellungen erb. an WAKA GmbH., Neumarkt in der Oberpfalz. (G-9)

Feilen aller Art, bis zur kleinsten Nadelfeile, Zahnarztfeilen, Holzraspeln, Schuhmacherraspeln, werden durch mein eigenes Verfahren frisch aufgeschärft. Senden Sie sofort Ihre alten Feilen an mich ein. Lieferzeit nach Eingang 14 Tage. Albert Rega, technische Werkstätte, Griesen/Baden (17b).

In jeder Familie brauchen Haushalt und Küche ständig Ergänzung. Haushaltsartikel finden immer Absatz u. Produzenten können mit sicherer lohnender Abnahme rechnen. Für das von mir vertretene Warenhaus mit über 50 Filialen suche ich daher leistungsfähige Lieferanten von Haushaltswaren aller Art aus Holz, Metall, Kunststoff, Glas, Porzellan, Steingut. Ich strebe nur seriöse Verbindungen an, die beiden Teilen Gewähr einer fruchtbareren, gesicherten Zusammenarbeit auf breiter Basis und auf Dauer bieten. (Cl-2) „Meygo“ Georg Meyer Fürth i. Bayern, Tannenstr. 4.

Städtische Bühnen CASINO

11. Januar, 20 Uhr „Schwarzwaldmädel“ 12. Januar, 19.30 Uhr „Der Troubadour“ In neuer Inszenierung! 14. Januar, 20 Uhr „Der fidele Bauer“ Kammerspiele 11. Januar, 16 Uhr „Stefan mit der langen Nase“ 12. Januar, 19 Uhr „Komödie der Irrungen“

Casino-Lichtspiele

Ab Freitag, 10. Januar 1947 Eine charmante Komödie um Liebe und Ehe (C-1) Die Gattin mit: Jenny Jugo - Willy Fritsch - Viktor Staal - Hans Brausewetter - Hilde v. Stolz Neue franz. Wochenschau Jugendfrei

Achtung! Anfangszeiten: Montag 4 Vorstellungen 14.15, 16.30, 18.45 u. 21 Uhr. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag jeweils 14.15 und 16.30 Uhr. Sonntag, den 12. 1. 47 4 Vorstellungen 10, 12, 14.15 und 16.30 Uhr. Vorverkauf wie üblich.

Radio-Lauber

bietet Ihnen: 1. Fachmännische u. schnellste Ausführung sämtlicher Radio-Reparaturen, Lautsprecher usw. in modernster Werkstätte. 2. Nachstimmung der Geräte bis zur Höchstleistung mit dem neuen Dr. Rothe- und Schwarz-Messender. 3. Gewissenhafte Dauer-Schlussprüfung jedes aus der Repr.-Abt. kommenden Gerätes. 4. Ersatz defekter und z. Zt. nicht lieferbaren Gleichrichterröhren durch hochwertigere Selengleichrichter, solange Vorrat. 5. Eigene, neuzeitl. Röhren-Regenerieranlage, taube Röhren werden wieder verjüngt, dadurch Leistung und Wiedergabe verbessert. 6. Kostenlose Prüfung sämtlicher in- und ausländischer Röhren mit neuem Prüfgerät im Beisein des Kunden. 7. Kundendienst, Beratung, Apparate- u. Röhrentausch, Antennenbau, Verstärker-Anlagen.

Spezialist für Auto-Empfänger, Einbau, Ankauf und Tausch von beschädigten Apparaten, Einzelteile usw. z. Zt. wieder lieferbar: Fachliteratur: Schaltungen, Bastell- und div. Kleinteile. Freiburg/Br., Kronenstr. 14a Geschäftszeit: Täglich 8 bis 12 Uhr und 14 bis 18 Uhr. Samstags: 8 bis 13 Uhr.

Fabrik pharm. Präparate Carl Bühler, Konstanz

Herstellung von Silphoscalin und Thyliat z. Zt. sehr beschränkt. Abgabe an Verbraucher nur in den Apotheken. (S-5)

Wir schärfen und erneuern Ihre alten und verbrauchten Werkzeuge, wie Feilen, Raspeln, Feilscheiben, Fräser usw. Lieferzeit 14 Tag bis 3 Wochen. Alt & Co. A. G., Werkzeugerneuerung, Speyer/Rhein, Johannisstr. 22.

Friedrichsbau-Lichtspiele FREIBURG

Ab Freitag, 10. 1. 47 bis einschließlich Mittwoch, 15. 1. 47 sehen Sie vier Darsteller von Rang in dem außergewöhnlichen Film Arzt aus Leidenschaft

Albrecht Schönhals - Gerda Maurus - Hans Söhner - Karin Hardt Der dramatische Konflikt zwischen Pflicht und Liebe verstrickt hier einen Arzt in Geschehnisse, die zu einem packenden Erlebnis gestalten sind. Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15 u. 16.30; Samstag nur 14.15. Vorverkauf an den Spieltagen 10-12 Uhr und ab 13.30 an der Tageskasse.

Friedrichsbau-Lichtspiele

Voranzeige Nach jahrelanger Unterbrechung zeigen wir zum ersten Mal, 17. bis 22. 1. 1947, ein Werk russischer Herkunft Vier Herzen mit: V. Serova, L. Zolnikowskaja Eine lustige Komödie aus dem heutigen Rußland. (Fr-7)

Union-Theater

FREIBURG, Schützenallee 7 Ab Freitag bis mit Donnerstag, den 16. Januar 1947 Die Filmoperette, die sich jeder wünscht! Maria Andergast - Georg Alexander in: Und die Musik spielt dazu

Nach den Motiven der erfolgreichen Operette „Saison in Salzburg“. Wundervolle Außenaufnahmen aus dem herrlichen Salzammergut. Der Film enthält die weltbekanntesten Schlager: „Wenn der Toni mit der Vroni...“ und die Musik spielt dazu. „Komm zurück, ich warte auf Dich...“ Jugendfrei! Anfangszeiten: Samstag und Sonntag 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr; Werktags 14.30, 17, 19.30 Uhr. Vorverkauf für alle Vorführungen täglich ab 13 Uhr. (U-5)

Harmonie-Lichtspiele

Freiburg, Grünwälderstr. 8 Ab Freitag bis mit Donnerstag, den 16. Januar 1947 Das große Sonderprogramm Ein Jahr später

Das Sonderprogramm umfaßt: Die neueste französische Wochenschau Den großen Dokumentarbericht über die Aufarbeitung der Besatzungsgruppe in der französischen Zone Ein Jahr später und den großen deutschen Farbfilm Immensee

Frei nach Storm's berühmter Novelle mit Kristina Söderbaum - Karl Raddatz - Paul Klüger. Jugendfrei! Täglich 14.15, 16.30, 18.45, Sonntag auch vorm. 10 Uhr. Vorverkauf täglich von 10 bis 12 Uhr und 1/2 Stunde vor Beginn jeder Vorstellung an der Vorkasse. (H-5)

Kommunistische Erklärung in der Landesversammlung / Fortsetzung von Seite 1

kuierten sind wir einverstanden, aber nur in den Fällen, die gerechtfertigt sind. Wir erheben nachdrücklich Einspruch gegen Ausweisung Werktätiger aus anderen Zonen, die in den Produktionsprozessen der Wirtschaft eingeordnet sind. Verschwinden aber sollen alle die Zugewanderten, die sich der Verantwortung ihrer politischen Vergangenheit in den anderen Zonen entziehen wollen, die sich in Südbaden angekauft haben, ihr gehortetes Geld und ihre Wertgegenstände in Schwarzhandelsgeschäften anlegen, nichts arbeiten und Südbaden mit einem Zufluchtsort für verhinderte Nazis verwechseln. Wir regen in diesem Zusammenhang die systematische Prüfung der Sanatorien und Hotels im Schwarzwald und am Bodensee an und bitten um eine Aufstellung über die seit 1939 von Nicht-Badenern getätigten Ankäufe von Grundstücken und Häusern.

Verfehlte Finanzpolitik

Die in der Regierungserklärung vorgeschlagene Methode zur Ueberwindung der Finanznot haben wir für völlig verkehrt. Man kann der unerhörten, aus den Darlegungen der Regierungserklärung deutliche werdenden Lasten des Staates nicht mit den Mitteln kapitalistischer Reorganisation Herr werden. Auch wir sind der Auffassung, daß die für die öffentlichen Aufgaben notwendigen Ausgaben aus den Einnahmen des Staates gedeckt werden müssen. Es ist bestenfalls eine Illusion, anzunehmen, daß man nach dem Grundsatz der kapitalistischen Vergangenheit die Reichen reicher, aber die Armen noch ärmer machen müsse, um die ungeheuren Kosten des Wiederaufbaues, der Wiedergutmachung, der Kriegslasten, der Verwaltung unseres Landes decken zu können. Nicht Kapitalbildung durch Erhaltung und Vermehrung der Vermögen, wie es in der Regierungserklärung heißt, nicht das Zunehmen der Gewinne der Unternehmer und Neubildung von Vermögen können uns helfen, sondern nur die restlose Erfassung der Kriegsgewinne, die entschädigungslose Enteignung der Naziverbrecher, eine progressive Besteuerung der Einkommen, das Heranziehen aller durch den Krieg verschonten Vermögenswerte einschließlich der Grundstücke und des unbeschädigten Hausbesitzes und vor allem die durchgreifende Demokratisierung der gewerblichen Wirtschaft, durch die der Ertrag der Arbeit Aller,

Vergeßt nicht Arbeiter und Angestellte!

Es hat uns befremdet, daß in der Erklärung der Regierung sehr viel von den Leistungen und der gehaltvollen Sicherheit der Beamten, viel über die Nöte der Unternehmer und nichts über die fast unermessliche Notlage der arbeitenden Massen unseres Volkes gesagt wurde, die in ihrer Lebenshaltung allein auf ihre Löhne und auf ihre kleinen Gehälter angewiesen sind. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung auch der unerhörten Leistung der Arbeiter und kleinen Angestellten gedacht hätte, die mindestens ebenso sehr dazu beigetragen haben, daß die Wellen der Katastrophe nicht vollends über uns zusammenschlugen; vor allem aber erwarteten wir Vorschläge der Regierung, wie sie sich die Ueberwindung der Scherenschnittwirkung zwischen dem so gut wie restlos durchgeführten Lohnstopp und den trotz Preiskontrolle dauernd steigenden Preisen auch für die lebenswichtigen Bedarfsgegenstände, ganz zu schweigen von denen für den nichtkontingentierte Bedarf, vorstellt.

In der Einordnung des bisherigen Arbeitsministeriums mit seinen vielseitigen Sozialaufgaben als Abteilung in das Wirtschaftsministerium sehen wir keine Dauerlösung. Wir sind der Ansicht, daß gerade die diesem Ministerium für Arbeit, Sozialversicherung und Wohlfahrt zukommenden Aufgaben eine direkte Vertretung in der Regierung erfordern. Auf keinen Fall darf versucht werden, den Umfang und die Zuständigkeit dieser Abteilung des Wirtschaftsministeriums einzuzugrenzen.

Dem Bauern Hilfe - Kampf dem Schwarzhandel

Zu dem Abschnitt der Regierungserklärung über die Landwirtschaft möchten wir folgende Vorschläge unterbreiten:

Um einen auf weite Sicht und nicht nur für ein Jahr gültigen Aufbauplan entwerfen zu können, müßte das Landwirtschaftsministerium in Zusammenarbeit mit den Instanzen des statistischen Landesamtes eine eigene, zuverlässige, kontinuierlich ergänzte Erhebung der landwirtschaftlichen Voraussetzungen durchführen und dafür ein besonderes Amt einrichten. Nur so glauben wir, werden Fehlleistungen, die uns dieses Jahr in eine Ernährungskatastrophe hineingeführt haben, vermieden.

Zweitens müssen die sorgfältig nach der Ertragsfähigkeit der einzelnen bäuerlichen Wirtschaften auf die Gemeinden umgelegten jährlichen Ablieferungsquoten absolut fest bleiben, den Bauern sollen die darüber hinaus produzierten Erträge ihres Fleißes zur freien Verfügung, gegebenenfalls für einen geregelten freien Markt, überlassen werden.

Drittens geht es unseres Erachtens nicht an, daß die Bauern auf die Bezahlung der von ihnen auf Grund ihrer Ablieferungspflicht gelieferten Produkte und des Schlachtviehs viele Monate lang warten müssen. Das fördert den Schwarz- und Tauschhandel. Es muß dafür gesorgt werden, daß dieser beweisbare Uebelstand sofort abgestellt und die berechnete Forderung der Bauern auf sofortige Bezahlung ihrer Lieferungen erfüllt wird.

Bodenreform

Viertens muß eine systematische Bodenreform so schnell wie möglich durchgeführt werden, die allen privaten Großgrundbesitz über 100 ha zur intensiven Bearbeitung als garantiertes Eigentum in die Hand der werktätigen Bauern zurückgibt. Der Waldbesitz der Großgrundbesitzer ist in Staats- und Gemeindeeigentum zu überführen. Es

Allen zugute kommt. Privatunternehmer, die aus der furchtbaren Not des Volkes, aus dem Opfer der breiten Massen der Werktätigen neues Vermögen und einen Zuwachs von Gewinn herauszuschlagen wollen, haben im neuen demokratischen Staat nichts verloren. Alle die unter ihnen, die unter Verzicht auf „gesteigerten Gewinn“ aus der Verantwortung dem Volksganzen gegenüber ihre besonderen Fähigkeiten im Rahmen einer planvollen Wirtschaft einzusetzen bereit sind, sind uns willkommen. Wir möchten im Gegensatz zur Regierungserklärung zu ihrer Ehre annehmen, daß ihr „Vorwärtstreben zu Höherem nicht direkt proportional der Möglichkeit erhöhter Gewinne“ ist. Wir stimmen durchaus der Regierung zu, wenn sie grundsätzlich eine Senkung der Verbrauchssteuer, die in erster Linie von den mittellosen Massen aufzubringen ist, fordert, aber nicht durch die Steuer auf Tabak und Branntwein, sondern aller Verbrauchssteuern. Das aber ist nur möglich, wenn man unsere Vorschläge zur Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens verwirklicht.

Die Erklärung der Regierung über den zukünftigen Aufbau der gewerblichen Wirtschaft hat in uns die leise Hoffnung ausgelöst, daß wir wenigstens einen Anfang in dieser Richtung der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens sehen dürfen. Wir verkennen die schweren Hemmnisse nicht, die den Absichten des Wirtschaftsministeriums entgegenstehen und möchten gerade dieses Ministerium ermuntern, seine Anstrengungen, einen ausschlaggebenden Einfluß des Staates auf die Wirtschaft auszuüben, zu verdoppeln; unsere Partei wird alle Bestrebungen, in dieser Hinsicht unterstützen. Allerdings erscheint uns dieses Ziel nur dann erreichbar zu sein, wenn sich die staatliche Planungs- und Lenkungsstelle noch mehr als bisher auf die Gewerkschaften stützt und die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft auch in den Bezirken, also die Industrie- und Handelskammern aus Interessenvertretungen der Unternehmer zu paritätisch aus Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Vertretern der Gemeinden zusammengesetzten Außenstellen der Wirtschaft gemacht werden. Einen beachtenswerten Anfang hierzu sehen wir im Landeswirtschaftsrat, der nach unserer Meinung sich auf die von uns vorgeschlagenen bezirklichen Wirtschaftskammern stützen muß und mit dessen Hilfe ein Landesplanungsamt der Wirtschaft sich entwickeln sollte.

Wir empfinden es als durchaus zweckmäßig, daß die außerordentlichen Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Verkehrswesens durch ein besonderes Staatskommissariat bearbeitet werden. Wenn die in der Regierungserklärung angedeutete einheitliche Verwaltung der deutschen Staatsbahnen in der französischen Zone als ein Anfang zur Rekonstruktion einer einheitlichen Verwaltung der Staatsbahnen für ganz Deutschland aufgefaßt werden kann, so ist diese Absicht der Zusammenfassung sehr zu begrüßen. Neben den Eisenbahnen aber sollte ein straffer und planvoller Einsatz eines von privatwirtschaftlichen Interessen unabhängigen Omnibusverkehrs organisiert werden, der die Verwendung der ländlichen Arbeitskräfte für den Wiederaufbau und die Wirtschaft erleichtert. Die Beschwerden über ungerichtete Zulassung privater Kraftwagen aus dem Lande wollen nicht abreißen. Wir möchten darum das Staatskommissariat darauf hinweisen, eine vor allem nach den Grundsätzen politischer Zuverlässigkeit und nachweisbarer wirtschaftlicher Dringlichkeit durchgeführte Ueberprüfung der Zulassungen aller privaten Kraftwagen vornehmen zu lassen. Wir sind im Gegensatz zur Regierung der Auffassung, daß eine staatliche Steuerung des Verkehrs, auch des Kraftfahrzeugverkehrs, eine Notwendigkeit ist, auch wenn die Schwierigkeiten der Zufuhr von Brennstoff, Beschaffung von Reifen und Ersatzteilen nicht mehr so groß sind wie heute.

Ist bedauerlich, daß das Gesetz über die Bodenreform noch nicht so ausgearbeitet ist, daß es mit Zustimmung der Militärbehörde von der Regierung der Landesversammlung zur Beratung vorgelegt werden kann. Die Bodenreform hat keineswegs nur die Aufgabe, die Landwirtschaft rationaler zu gestalten, so wichtig das auch ist; sie soll gleichzeitig zu der Entwicklung und Sicherung der Demokratie durch die Zerschlagung der wirtschaftlichen Machtposition der reaktionären Gruppen in unserem Lande beitragen.

Wir alle wissen, wie schwer die Ernährungsnot, vor allem auf den Schichten unseres Volkes liegt, die nicht auf Geldreserven und Tauschwaren zurückgreifen können. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß durch die Anstrengungen der Regierung die Auswirkungen der Unterlassungen der Verantwortlichen in der früheren Landesverwaltung einigermaßen eingeeignet werden können. Es scheint uns sehr wichtig zu sein, die Leistungsausschüsse in den Gemeinden und in erster Linie den für die Planung der Ernährungsgrundlagen im Zonenmaßstab verantwortlichen zentralen Ernährungsausschuß in Baden-Baden auf dem Wege demokratischer Wahlen aus den Reihen der Bauern und der Verbraucher zusammenzusetzen.

Wiederaufbau

Das Staatskommissariat für den Wiederaufbau denken wir uns als eine oberste Initiativ-, Planungs- und Kontrollstelle für alle Aufgaben der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete und für alle neuen Bauvorhaben. Es soll keine neu-beamete Verwaltung aufgebaut werden. Die Bauabteilung des Innenministeriums, die städtischen und gemeindlichen Organe für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sollen bei der Durchfüh-

rung der dem Staatskommissariat gestellten Aufgaben eingesetzt werden. Wir schlagen vor, Kreis- und Stadtausschüsse und einen Landesaussschuß für den Wiederaufbau ins Leben zu rufen. Die Kreis- bzw. Stadtausschüsse sollten unter dem Vorsitz des zuständigen Bezirks- bzw. des Stadtbau-meisters folgendermaßen zusammengesetzt sein: je ein Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Architekten, Techniker und Ingenieure, ein Vertreter der sozialen Baubetriebe, ein Vertreter der Bau- und Siedlungsgenossenschaften, ein Vertreter der Bauhandwerkerinnung, ein Vertreter der Baufirmen und der Baustoffhändler, ein Vertreter der Mieter, ein Vertreter der wohnung-suchenden Bombengeschädigten und ein Vertreter der Hausbesitzer. Die Kreis- und Stadtausschüsse bestimmen zuverlässige Männer und Frauen in den einzelnen Stadtteilen und Ortschaften, die in enger Zusammenarbeit mit ihnen folgende Aufgaben erfüllen: Vorschläge für den Wiederaufbau in ihrem Gebiet, Feststellung der in der ersten Etappe des Wiederaufbaus mit geringen Mitteln wieder herstellbaren Wohnungen, Prüfung der eingereichten Bauvorhaben auf ihre Zweckmäßigkeit und Dringlichkeit, Vorbereitung des Masseneinsatzes für Aufräumungsarbeiten, Kontrolle über die Verteilung und Verwendung der für die Bauvorhaben zugewiesenen Materialien, Entgegennahme und Prüfung von Beschwerden.

Auf diesem Wege glauben wir, wird die Durch-

führung der Aufgabe des Wiederaufbaus schneller und planvoller als bisher vonstatten gehen.

Säuberung

Die Kommunistische Partei kann auch bei dieser Gelegenheit nur wiederholen, daß sie eine durchgreifende Entnazifizierung als eine der wichtigsten Voraussetzungen der politischen Erneuerung unseres Volkes betrachtet. Sie stellt mit Befriedigung fest, daß nunmehr der von ihr schon vor vielen Monaten gemachte Vorschlag, ein Gesetz zur Fundamentierung des Verfahrens zu schaffen, verwirklicht werden soll, mit dem Ziele, die großen, die aktiven und verantwortlichen Nationalsozialisten und Nutznießer zu fassen, den kleinen aber und Mitläufern die Möglichkeit zu geben, sich in den neuen Staat einzuordnen. Wir sind allerdings nach wie vor der Auffassung, daß die Ausschüsse, die Spruch- und Berufungskammern, nicht nur aus je einem Vertreter der politischen Parteien, sondern auch aus einem Vertreter der Gewerkschaften zusammengesetzt sein sollen. Wir nehmen an, daß der in Aussicht gestellte, auf den Bestimmungen der Kontrollratsanordnung Nr. 38 aufgebaute Gesetzesvorschlag der Landesversammlung in Bälde zur Beratung vorgelegt wird und behalten uns eine ausführliche Stellungnahme zu diesem Zeitpunkt vor.

Die Justiz ist nicht nazifrei

Die anerkennenswerte Beschleunigung, mit der in unserem Lande die Justizverwaltung wieder aufgebaut wurde, kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß — wie sich beim Tillesen-Prozess gezeigt hat, — die badische Justiz ein durchaus nicht zuverlässiges Instrument der demokratischen Neuordnung ist. Wir können der Regierungserklärung nicht zustimmen, daß die Rechtspflegeeinrichtungen gründlich von Nationalsozialisten gereinigt sind. Wir hätten gewünscht, daß die Sorge des früheren Justizministers, seine Verwaltung möglichst auf allen Gebieten lückenlos wieder aufzubauen, weniger groß gewesen wäre, als seine Entschlossenheit, die politische Säuberung unter allen Umständen gerade auf seinem Gebiet auch auf Kosten einer weniger reibungslos funktionierenden Verwaltungspraxis durchzuführen. Es wäre uns interessant, die personelle Zusammensetzung des „Justizprüfungsamtes“ zu kennen und eine Aufstellung über sämtliche Richter und Staatsanwälte und der zugelassenen Rechtsanwältinnen vorgelegt zu erhalten mit Angaben ihrer politischen Vergangenheit und ihrer derzeitigen Verwendung.

Schule und Hochschule

Die ausführlichen Darlegungen über die Aufgaben und Absichten des Kultusministeriums geben uns ein deutliches Bild über die sachlichen und personellen Schwierigkeiten des Schul- und Erziehungswesens. Wir sind überzeugt, daß auch die Regierung in erster Linie den Volksschulen ihre Sorge angedeihen läßt und darauf bedacht ist, das Niveau der Ausbildung der Volksschullehrer nicht absinken zu lassen. Das Prinzip, daß nur die Leistung und Begabung eines Schülers, nicht aber seine soziale Herkunft und der Geldbeutel seines Vaters für seine Zulassung zur höheren Schule und zum Universitätsstudium ausschlaggebend sind, wird, das hoffen wir, in unserem Lande selbstverständlich werden. Bei der Auswahl und Einstellung von Lehrkräften für alle Schularten sollen nur die pädagogische Eignung und die politische Zuverlässigkeit der Kandidaten in Betracht gezogen werden, nicht aber die Rücksicht auf die konfessionelle Zugehörigkeit und kirchliche Bindung. Bei aller Anerkennung der notwendigen Vorbereitung zum akademischen Studium für die geisteswissenschaftlichen Berufe auf humanistischen Gymnasien möchten wir davor warnen, mehr als die dringend notwendigen Lehranstalten in unserem kleinen badischen Gebiet aufrecht zu erhalten. Vergessen wir nicht, daß gerade die

naturwissenschaftliche, die mathematische, die Geschichts- und wirtschaftswissenschaftliche, die technische Ausbildung der jungen Generation für den Wiederaufbau und die politische Zukunft unseres Volkes äußerst wichtig sind. Skeptisch stehen wir der Universität gegenüber. Die Vorfälle beim Tillesen-Prozess und nicht nur sie, geben uns Anlaß, die Regierung zu bitten, unserem schon in der ersten Session der Landesversammlung eingebrachten Antrag entsprechend, eine nachdrückliche politische Reinigung sowohl des akademischen Lehrkörpers, als auch der Studentenschaft durch eine Sonderkommission der Beratenden Landesversammlung vornehmen zu lassen und eine zuverlässige Zusammensetzung der Kommission für die Zulassung der Studenten, vor allem auch der nicht-badischen, in die Wege zu leiten. So lange es nicht eindeutig als erwiesen betrachtet werden kann, daß die Universität eine freie Bildungsanstalt des neuen demokratischen Staates ist, müssen eindeutige Eingriffe in die Selbstverwaltung der Universität gefordert und durchgeführt werden. Möge es bald so weit sein, daß die Studentenschaft selbst in sich die Kraft findet zu einem klaren Bekenntnis für den neuen Staat und durch eine politische Selbstreinigung ihrer Reihen den Beweis erbringt, daß die akademische Jugend unseres Volkes die großen Aufgaben erkannt hat, die ihr gestellt sind. Mit allem Nachdruck vertreten wir die Auffassung, daß begabten Söhnen und Töchtern des Arbeiterstandes durch das akademische Studium der Weg zu den höchsten Stellen des neuen Staates offen stehen muß.

Nicht rückwärts - vorwärts!

Wir sind mit dem Herrn Präsidenten einer Meinung, wenn er davon sprach, daß unser Volk die Schuld, die auf ihm liegt, anerkennen und bereit sein muß zur Abkehr von Trugbildern und Wahnvorstellungen der Vergangenheit. Wir sind aber der Ansicht, daß nicht ein Rückwärtsblick auf die frühere — wie er sagte — bessere und christliche Vergangenheit uns helfen wird, eine Neuordnung zu schaffen, sondern ein neuer Geist und der entschlossene politische Wille, nicht nur mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, sondern auch mit der kapitalistisch-bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung endgültig aufzuräumen, deren brutaler und blutiger Versuch, sich mit den Mitteln des Terrors und des Krieges an der Macht zu halten, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft gewesen ist.

Hermynia zur Mühlen:

Said der Träumer

3. Fortsetzung

Inzwischen erging es den Talbewohnern Tag für Tag schlechter. Die Fremden nahmen ihnen jedes fruchtbare Feld, trieben ihre Schafe und Ziegen fort, zwangen die Hungernden, für sie zu arbeiten. Said lauerte der Gefolgschaft des Marius auf; er warf sich vor den Führern und Kriegern auf den Erdboden, flehte sie an, nicht der Liebe und Brüderlichkeit zu vergessen, die sie gelobt hätten, beschwor sie, das Geräuße wiederzugeben. Die Fremden lachten und verhöhnten ihn. „Wenn ihr uns liebt, so müßt ihr uns das Beste gönnen und aus Liebe zu uns, euren Brüdern, alles Schwere geduldig ertragen.“

Einmal kam auch Marius geritten, in schimmernder Wehr, das Schwert an der Seite. Said griff nach den Zügeln und hielt das Pferd an. „Marius, mein Bruder“, flehte er. „Vergiß nicht, was wir am Tage, da ihr hier eingezoget, sprachen. Vergiß nicht, daß die Lehre der Liebe priesterlich, Marius, mein Bruder, auch du bist ein Mensch, bedenke, daß die Talbewohner Menschen sind, wie du.“

„Schweig, alter Narr“, herrschte ihn Marius an. „Es ist möglich, daß ihr Menschen seid, wir aber sind Herren. Was aber die Lehre der Liebe angeht, so ist sie gut für das Volk, denn sie erhält es demütig und ergeben. Für uns, die Herren, jedoch, gilt eine andere Lehre; die der Macht.“

„Marius, die Kinder hungern“, schrie Said verzweifelt.

„Haben sie nicht in unserer Schule gelernt, daß sie alles dulden müssen, um der Liebe willen? Ist

das nicht deine Lehre? Mögen sie sich an der Liebe satt essen. Und wenn sie vor Hunger sterben, es gibt ihrer immer noch genug, um einest für unsere Kinder die Felder zu bestellen.“

„Marius“, stöhnte Said. „Kennst du kein Erbarmen?“

„Ich bin der Herr!“, entgegnete Marius kalt. „Und nun laß mein Pferd los, alter Narr!“

Aber Said klammerte sich fest an die Zügel, und das gute Tier, menschlicher als sein Herr, wagte keinen Schritt zu tun, weil es fürchtete, den alten Mann zu verletzen. Da griff Marius nach seinem Schwert und hieb auf den Richter des Tales ein. Er traf Said ins Gesicht und schlug ihm das rechte Auge aus. Dann sprengte er von dannen.

Der kleine Selim, Mustaphas Sohn, fand den alten Mann auf der Erde liegend und führte ihn heim.

Der kleine Selim war ein kluger Knabe. Er lauschte daheim den Worten des Vaters, verglich sie mit dem, was er in der Schule lernte und gab keinem von beiden völlig recht. Mustapha predigte den Haß, den Haß wider die Unterdrückten, die glühende Flamme der Rache. Er haßte alle Fremden; kamen sie an seiner Schmelde vorbei, so umklammerte seine Eisenfaust stärker den großen Hammer, und die Funken in seinen Augen leuchteten mit denen der Esse um die Wette. Bisweilen wurde an einsamen Orten ein Fremder tot aufgefunden, mit zerschmettertem Schädel. Keiner im Tal sprach die Worte aus, aber alle wußten: das tat Mustaphas Hammer.

Der kleine Selim jedoch schüttelte den schwarzlockigen Kopf: „Vater, auch unter den Fremden gibt es Menschen, die Marius um sein Gefolge hassen, weil er sie unterdrückt. Viele Krieger sind zornig auf ihn. Mit diesen müssen wir uns verbünden.“

(Fortsetzung folgt)

Sie lebte in Meersburg

MAX FAULHABER

Annette Droste, geb. 10. 1. 1797
Vor 150 Jahren wurde auf dem westfälischen Edelhofe Hülshoff bei Münster Annette Elisabeth von Droste geboren, der es beschieden war, Deutschlands größte Dichterin zu werden.

Zwischen den Landjüngern des derben münsterischen Schläges muß sich das seelisch wie körperlich ungemein zarte Mädchen seltsam fremd angenommen haben, und sie entwickelte sich dann auch bald zu einer rechten Einzelgängerin. Als das rauhe Klima ihrer Heimat mit den Nebeln von Heide und Mooren ihrer Gesundheit immer unzuträglich wurde, siedelte sie in eine mildere Gegend über; als Gast ihres Schwagers Laßberg, des Germanisten und Auffinders der „C“-Handschrift des Nibelungenliedes, verbrachte sie die letzten acht Jahre ihres Lebens auf Schloß Meersburg, woselbst sie am 24. Mai 1848 gestorben ist. Die Lyrik der Droste scheidet sich in zwei klar voneinander getrennte Abschnitte, bestimmt durch die Landschaft, in der sie entstand. Die Stimmung der westfälischen Heide findet in den Balladen und den lyrischen Gedichten der Droste einen so bildkräftigen wie zwingenden Ausdruck; es spukt und irrlichtert in ihnen wie über Röhricht und Moor. Ins Seherische aber steigert sich die dichterische Naturerkenntnis und Naturschilderung in einer Reihe von Schöpfungen der Droste, die in der Meersburger Zeit entstanden und für die es nur einen Vergleich gibt: Mörke.

Ihr Bestes aber hat die Droste, so hoch man auch ihre Lyrik einschätzen mag, in einer Prosa-Erzählung gegeben, der Judenbuche, die man in der knappen, kristallinen Klarheit der Sprache und Darstellung dem Michael Kohlhaas an die Seite stellen kann. In dieser Erzählung steht ein Satz, der dem westfälischen Edelräufler, das ihn schrieb, mindestens ebenso hoch angerechnet zu werden verdient, wie die zarresten und innigsten Verse, die ihr gelangen. Der Satz heißt: „... das Holz läßt unser Herrgott frei wachsen, und das Wild wechselt aus eines Herrn Lande in das andere; die können niemand gehören. Doch das verstehst du noch nicht...“

Hanns Adam Faerber.

Die andere Seite

Freiburg. Schnee und Eis bringen unseren Kindern viel Freude und Abwechslung. Es tummeln sich überall, wo nur eine Spur von Schnee vorhanden ist, an allen Hängen und Böschungen im Stadtgebiet, unsere Jüngsten mit ihren Rodelschlitten. (Manchesmal verirrt sich auch ein „größeres Kind“ dorthin.) Und auf dem Waldsee herrscht das rege und fröhliche Treiben der Schlittschuhläufer. Doch wie jedes Ding seine berühten zwei Seiten besitzt, so hat diese, (von Kartoffel- und Holzhandel ganz zu schweigen) auch der Winter. Es ist die Glätte, die auf Weg und Steg herrscht, die in den letzten Tagen zu wiederholten Malen zu folgenschweren Unfällen führte.

Der häufige Wechsel von Frost und Tauwetter war die Ursache des gefährlichen Glatteis. Besonders wir Älteren richten daher die Bitte an alle, das kleine Stückchen Gehweg mit Sand oder Asche und besonders glatte Stellen, wenn möglich mit Salz zu bestreuen. Sägmehl zu verwenden ist nicht angebracht, da dadurch die Gleitgefahr nicht restlos beseitigt wird. Auch bei noch so geringen Schneefällen mußte von Zeit zu Zeit der Schnee weggefegt werden, da sonst glatte Stellen nicht zu sehen sind.

Wieder freireligiöse Gemeinde

Freiburg. Nachdem sich bereits in den letzten Monaten in Mannheim, Bensheim, Karlsruhe, Heidelberg, Pforzheim, Konstanz, Lörrach und Schopfheim die Gemeinschaften der „Freireligiösen Landgemeinde Baden“ konstituiert haben, hat sich nun auch in Freiburg ein Ausschuss unter Leitung von Otto Schneider zusammengefunden, um zu den bevorstehenden Wiederaufbaufragen der freireligiösen Gemeinde in der Breisgauhauptstadt Stellung zu nehmen.

Die Besprechungen waren getragen von dem Willen zur Zusammenarbeit im Dienste eines freien religiösen und organisatorischen Wieder-

Achtung, Normalverbraucher!

In vielen Orten unseres Kreises wurde unsere Unterschriftensammlung mit Erfolg abgeschlossen. Damit unsere Aktion eine entsprechende Wirkung findet, darf kein Ort beiseite stehen. Deshalb haben wir uns an alle Bürgermeisterämter der Orte unseres Kreises gewendet, wo unsere Aktion noch nicht durchgeführt wurde, um deren Einwirkung zur Einzelzeichnung aufzufordern. Bis spätestens 20. ds. Mts. soll die Unterschriftensammlung beendet sein.

Normalverbraucher, Frauen, Männer, Jugendliche, zeichnet Euch ein. Helft mit, unsere Aktion, die wir in Ewrem Interesse durchführen, erfolgreich abzuschließen.

Kommunistische Partei Stadt-Landkreis
Freiburg Brsq.

aufbau der in der Zeit des Nationalsozialismus verbotenen badischen freireligiösen Gemeinden.

Die religiöse Betätigung wurde durch die Einstellung des nationalsozialistischen Staates gegen die „Freireligiösen“ unmöglich gemacht. So ist es nunmehr eine zeitbedingte Aufgabe, den Aufbau der freireligiösen Gemeinden auch hier in Oberbaden vereint mit allen Kräften, ob sie sich Deutsche Freienderbewegung oder Monistenbund nennen mögen, mit allen Kräften vorzunehmen. Letzteres umso mehr, da man sich darüber klar sein müsse, daß solche Aufarbeiten in Baden besonders schwierig sein dürften und eine Zersplitterung von größtem Uebel ein müsse.

Die französische Militärregierung hat, ebenso wie die amerikanische, den in der Zeit des Nationalsozialismus unterdrückten „Freireligiösen“ die freie Religionsbetätigung zuerkannt und so hier es eben allen an den Freireligiösen, dieses Zuerkenntnis praktisch auszuwerten. Es wird der

Nach den Betriebsrätewahlen

In den meisten Betrieben ist die Wahl der Betriebsräte durchgeführt und seitens der Arbeiter überall in musterhafter Ordnung und Disziplin verlaufen. Nur in einem Betrieb mußte die Wahlhandlung durch die Machenschaften der Unternehmer verschoben werden. Die Gewerkschaften leisten eine gewaltige Arbeit, und sie haben trotz großer Schwierigkeiten bei ihrem Aufbau wieder die wirtschaftliche Führung der Arbeiterschaft in der Hand. Dies nicht zuletzt durch ihre Einheitlichkeit und Geschlossenheit, und wachsendes Vertrauen der Arbeiter drückt sich in den rasch ansteigenden Mitgliederzahlen aus. Die Werktätigen erwarten von ihren Gewerkschaften die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Bei der ersten Vierzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften konnte schon über einen Mitgliederstand von 5 Millionen berichtet werden.

In allen Betriebsversammlungen standen während der Zeit der Betriebsratswahlen die Ernährungsfrage und die Sorge um die Beschaffung von Schuhwerk und Arbeitskleidung im Mittelpunkt der Diskussionen. Aber auch das weitere Schicksal unserer engeren Heimat und der wirtschaftliche Aufbau in unserem Vaterland steht im Vordergrund des Interesses der Belegschaften. So verlangen allerorts die Arbeiter in den nun abzuschließenden Betriebsvereinbarungen das Mitbestimmungsrecht in der Gestaltung der Produktion und in der Preisfestlegung, um einerseits die lebensnotwendigen Güter und Waren sicherzustellen und andererseits durch die Preiskontrolle ein weiteres Absinken der Kaufkraft der Arbeiter zu verhindern. Im Gegensatz zu diesem demokratischen Aufbauwillen steht die heute sich abzeichnende soziale Ungerechtigkeit mehr denn je vor den Augen der Schaffenden. Ist es da ein Wunder, daß ein Teil der Arbeiter völlig das Interesse an der Produktion verliert, wenn sie an der Ankurbelung der Wirtschaft und an der Produktionssteigerung keinen Anteil haben sollen?

Wir stehen am Scheideweg. Wollen wir wieder den Weg von 1918 gehen, der über die Inflation von 1923 zur großen Ueberproduktionskrise von 1929-33 und über den Hitlerfaschismus zur Katastrophe von 1945 geführt hat? Die großen Monopolbetriebe, die Kartelle und Trusts, von denen wir auch einige in unserer Zone haben, müssen in die Hände des Volkes überführt werden. Mit Recht wies auf einer Pressebesprechung Herr Administrateur General Laffon darauf hin, daß die Nationalisierung der Schlüsselindustrien sich in den verschiedenen Ländern wirtschaftlich und sozial günstig ausgewirkt habe.

In einer der letzten Nummern der „Südwestdeutschen Volkszeitung“ schrieb ein Arbeiter vom „praktischen Sozialismus“. Der klassenbewußte Arbeiter weiß nur zu gut was er unter Sozialismus zu verstehen hat: Die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Was tun die Unternehmer bei der Bildung der Industrie- und Handelskammern? Sie lehnen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ab. Entweder die Industrie- und Handelskammern sind Unternehmerverbände oder sie sind öffentlich-rechtliche Körperschaften. Dann aber haben die Arbeitnehmer in diesen nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, im Interesse der Arbeiter und darüber hinaus im Interesse unserer gesamt-

ten Wirtschaft, auf einer gesunden Grundlage aufzubauen, und die Wirtschaft vor Kriegsproduktionen und Profitgier zu sichern. Ihrer Stärke entsprechend müssen sie in den Wirtschaftskammern vertreten sein.

Warum wehren sich eigentlich die Unternehmer so stark gegen das Mitbestimmungsrecht der Schaffenden? In allen Zeitungen unserer engeren Heimat werden sozialistische Maßnahmen gefordert, und auch die Unternehmer scheinen für den demokratischen Staatsaufbau einzutreten und schreiben gegen jede Diktatur. Was tun sie aber, wenn die Massen der Schaffenden — die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten, — ihr demokratisches Selbstbestimmungsrecht auch in der Wirtschaft fordern? Dann pochen sie auf ihr „Recht des Herrn im Hause“. Sie wollen das „Wie“ und das „Was“ der Produktion kommandieren, die Marktpreise und damit auch ihre Profite festsetzen, ohne dabei die Millionen des werktätigen Volks mitsprechen zu lassen. Diese aber sind die überwältigende Mehrheit. Wir können nie und nimmer zulassen, daß die Schaffenden einer neuen Festigung der Macht der Herren der Monopole, der Großgrundbesitzer und Militaristen zusehen sollen, nachdem sie in zwei Weltkriegen die Opfer dieser Kriegstreiber geworden sind.

Die Betriebsrätewahlen sind nahezu beendet. Noch fehlen uns die Ausführungsbestimmungen zu dem vom Kontrollrat erlassenen Betriebsrätegesetz. Die neuen Betriebsräte sind bereit, zum gegebenen Zeitpunkt mit den Unternehmern Betriebsvereinbarungen auf gesetzlicher Grundlage abzuschließen. Aus den künftigen Verhandlungen mit den Unternehmern und im Parlament werden wir sehen, wie weit die Demokratisierung der Wirtschaft und das Mitbestimmungsrecht der Schaffenden in Industrie, Handel und Gewerbe Verwirklichung findet. Unsere kommende Verfassung hat das Recht des Volkes auf ein unabhängiges Leben zu sichern. Die Arbeiterschaft wird sich dementsprechend zu verhalten haben.

Betriebsrätekonferenz in Freiburg

Der Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften beruft die gewählten Betriebsräte zu einer Konferenz auf Donnerstag, 16. Januar, vormittags 9 Uhr ein. Die Konferenz findet im Helmsaal der Harmonie, Grünwälderstr. statt. In dieser Konferenz werden die Betriebsräte mit ihren Rechten und Pflichten bekanntgemacht, es ist darum notwendig, daß alle Betriebsräte zu dieser Konferenz erscheinen. Der Artikel 9 des Kontrollratsgesetzes bestimmt, daß die Tätigkeit der Betriebsräte nicht gestört und benachteiligt werden darf. Diese Konferenz fällt in das Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte, die sich für den Tag freimachen müssen.

Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften.

Ist das der Zweck der Säuberung?

Lörrach. Im Amtsblatt Nr. 26 vom 14. Dezember 1946 lesen wir eine lange Liste von Säuberungs-Entscheidungen über kleinere und größere Leute des privaten und öffentlichen Lebens. Neben einer Serie von Lehrern, Gemeinderäten, Farrenwärtern und verschiedenen anderen kleinen Leuten, lesen wir auch eine Entscheidung, die gegen einen bekannten Lörracher Arzt gefällt wurde.

Es handelt sich bei dem Betroffenen um den in Lörrach — allseitig — um seiner großen Verdienste als Frauenarzt geschätzten Chefarzt des Elisabethen-Krankenhauses, Dr. Karl Berger.

Die Säuberung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens, vom Geist und Einfluß der Nazideologie ist eine politische Notwendigkeit. Wir warten schon lange und mit berechtigter Ungeduld auf durchgreifende Maßnahmen, gegen jene großen materiellen Nutznießer in Wirtschaft und Verwaltung, die in den zurückliegenden Jahren nicht laut genug ihre nationalsozialistische Gesinnung betätigen konnten, um sich dabei, um mit Goebbels zu reden, gesund zu stoßen. Es gibt auch in unserem Landkreis noch eine ganze Reihe von Leuten, die am letzten Krieg durch ihre politische Haltung recht gut verdient haben und dabei bis heute recht gut weggekommen sind.

Die politische Säuberung unseres öffentlichen Lebens von jenen Leuten ist die einzige Voraussetzung, die Grundlagen zu schaffen für eine soziale und politische Ordnung, die die Gewähr dafür bietet, daß das hinter uns liegende in Deutschland sich nicht wiederhole. Die Säuberung vom Nazigeist verlangt von uns Deutschen auch die Welt, wenn sie an unseren guten Willen zum Aufbau von etwas wirklich Neuem glauben soll. Deshalb verlangen insbesondere wir Gewerkschafter die Bestrafung aller Schuldigen an unserem heutigen wirtschaftlichen und sozialen Elend, aber wir verlangen auch, daß keine Maßnahmen getroffen werden, die dieses Elend noch vergrößern.

Das gegen Dr. Berger gefällte Urteil lautet: Tätigkeit als Chefarzt untersagt, ebenso als Kassenarzt während 5 Jahren. Kann außerhalb des Kreises Lörrach praktizieren.

Ist das die Bestrafung, die in diesem Fall am Platz ist?

Betrachten wir die Auswirkung der Entziehung der Kassenpraxis des Dr. Berger. Dr. Berger wird sich in irgend einer Landgemeinde niederlassen und alle jene Frauen, bei denen Zeit und Geld keine Rolle spielen, werden ihn dort aufzusuchen vermögen. Sie werden zum Teil vielleicht noch froh sein, nicht etwa noch einige Tage im voraus eine Karte zur Behandlung lösen zu müssen, um wegen der „lästigen Massenpatienten“ erst nach einigen Tagen zur Behandlung zu kommen. Dr. Berger kann, so er will, dabei in Ruhe ein gutes Stück Geld verdienen, — und unsere leidenden Arbeiterfrauen, Kassenpatientinnen natürlich — na, die müssen eben einfach einen

Freiburger Veranstaltungen

Samstag, 11. Januar
Städt. Bühnen, Casino: Schwarzwaldmädel, 20 Uhr.
Städt. Bühnen, Kammerspiele: Stefan mit der langen Nase, 16 Uhr.

Sonntag, 12. Januar
Städt. Bühnen, Casino: Der Troubadour, Neuzinszenierung, 19.30 Uhr.
Städt. Bühnen, Kammerspiele: Stefan mit der langen Nase, 14.30 Uhr. — Zum letzten Mal: Komödie der Irrungen, 19 Uhr.

Montag, 13. Januar
Städt. Bühnen, Casino: Keine Vorstellung.
Städt. Bühnen, Kammerspiele: Keine Vorstellung.

Dienstag, 14. Januar
Städt. Bühnen, Casino: Der fidele Bauer, 20 Uhr.
Städt. Bühnen, Kammerspiele: Keine Vorstellung.

Täglich:
Casino-Lichtspiele: Die Gattin, bis einschl. Donnerstag.
Friedrichshaus-Lichtspiele: Arzt aus Leidenschaft.
Harmonie-Lichtspiele: Ein Jahr später, Immensee, bis einschl. Donnerstag.
Union-Lichtspiele: Und die Musik spielt dazu, bis einschl. Donnerstag.
Augustinermuseum: Meisterwerke Mittelalterlicher Kunst.
Haus Stadelmann: Ausstellung Anton Karcher.
Haus Scherer: Weihnachtsausstellung Freiburger bildender Künstler.
Kunstsiegel: Moderne Malerei.
Siegfried Dufner: Ausstellung Ewald Sachs.

Versehrtenausweis — übertragbar?

Freiburg. Hat ein Werktätiger endlich einen freien Nachmittag, so will er auch mal ins Kino gehen. Kommt er nun eine halbe Stunde vor Beginn des Kartenverkaufs dorthin und stellt sich an, im guten Glauben, bestimmt noch eine Karte zu erhalten, so wird er bald bitter enttäuscht sein. Friedend und zitternd vor Kälte steht er in der langen Reihe. Immer mehr Menschen kommen hinzu. Aber die stehen nicht etwa an, nein, die gehen nach vorn! Darunter ein Beinamputierter, der sich seine Karte hofft, gut, dagegen ist nichts einzuwenden.

Aber es kommen auch andere, die mit „federndem“ Schritt zur Kasse eilen. Der Arbeiter fragt einen davon, warum er vorgeht, worauf dieser ihm prompt einen Versehrtenausweis präsentiert. Doch beim Betrachten des Ausweises muß er zu seinem Erstaunen feststellen, daß der Ausweis gar nicht auf diesen Jüngling ausgestellt ist. Wenn einem dabei der Papierkragen platzt, so ist das nur zu begreiflich. Diese Fälle wiederholen sich aber des öfters vor den Kinokassen. Wir fragen mit Recht: warum steht denn überhaupt eine armbindenverzierte, sogenannte „Aufsicht“ (Festordner?) in der Gegend herum? — Da wäre es doch angebracht, einen Schriftgelehrten mit der Kontrolle der Ausweise zu beauftragen, der wäre doch zum mindesten in der Lage festzustellen, wie oft ein und derselbe Ausweis im Laufe der „Vorverkaufzeiten ab 13 Uhr“ an der Kasse auftaucht!

weniger fähigen Arzt, vielleicht sogar einen Pflücker, in Anspruch nehmen.

Nein, damit sind die Gewerkschaften als Vertreterin der schaffenden Menschen nicht einverstanden.

Dr. Berger soll seine Tätigkeit an der Klinik für die Gesamtheit weiter ausüben. — Er soll bei einer Bezahlung, von, sagen wir 350 RM bewelien, daß es ihm bei seiner Tätigkeit als Arzt um die Mitarbeit an den sozialen Problemen geht, und soll dabei mitarbeiten, das zu verwirklichen in der kommenden Ordnung, was der Nationalsozialismus nicht verwirklichen konnte, wirklich soziale gesellschaftliche Verhältnisse.

Was sagt Ihr dazu, Ihr Frauen im Landkreis Lörrach? H.

Die verstopfte Bahnsteigsperr

Lörrach. Ueber den Wert oder Unwert einer Bahnsteigsperr soll hier nicht diskutiert werden, aber die zeitweilig auftretenden M-Bstände, die durch diese Sperren hervorgerufen werden, sind auf die Dauer nicht zu übersehen.

Der Betrieb an der Lörracher Bahnsteigsperr ist alles andere, nur nicht gemühtlich. Besonders ist dies während der Mittagstunde der Fall, wenn mehrere Züge fast zur gleichen Zeit eintreffen, beziehungsweise abfahren. Dann staut sich der Personenverkehr auf eine kurze Zeit derart, daß es beim besten Willen fast unmöglich ist, den lichten Menschenstrom durch die schmale Enge hindurchzuschleichen. In der Bahnhofshalle ballen sich die Massen, drängen und zwingen sich zum Durchlaß, während zur gleichen Zeit in entgegen gesetzter Richtung die Reisenden aus den eben eingelaufenen Zügen den Bahnsteig verlassen wollen. Die Nervosität, die hastende Eile und Rücksichtslosigkeit des Publikums haben schon manchen reizenden Auftritt verursacht.

Immer wieder taucht daher die berechtigte Frage auf, weshalb nicht eine weitere Sperr geöffnet wird. Technische Schwierigkeiten bestehen bestimmt nicht, und etwaiger Personalmangel sollte kein Hindernis dafür sein. Denn es handelt sich ja nur um etwa eine Stunde, während der dieser Großbetrieb herrscht. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir hoffen, daß dieser Wille doch noch vorhanden ist. Schr.

Aus dem Partelleben

Neustadt (Schw.). Samstag, 18. Januar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung, Gasthaus zum Schützen. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Singen. Am morgigen Sonntag findet in der Fitting-Kantine der erste politische Schulungskursus statt. Alle Parteimitglieder sind dazu eingeladen. Referent Fritz Weis.

Tarifänderung im Transportgewerbe
Von zuständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß die im Januar 1946 bewilligte Erhöhung der Nahverkehrstarife für Lastkraftwagentransporte mit Wirkung vom 1. Januar 1947 an aufgehoben worden ist. Das Transportgewerbe darf nur die in der Nahverkehrsverordnung festgelegten Tarife und Zuschlagssätze berechnen. Der allgemeine Schwierigkeitszuschlag ist weggefallen.

Verantwortlich für den Heimatteil: Hanns Adam Faerber, Offenburg